

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegramm-Adresse: Textilarbeiter Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereintigt alles!

Abzugeben die sechsgepaltene Kleinzeile 75 Mark
Anzeigen- und Werbungsgebühren sind an Otto Behm, Berlin D 27,
Magazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 75 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: (Hauptblatt): Die Stabilisierung der Kaufkraft. — Eine bankrotte Sache. — Gewerkschaftsmitglieder und Landtagswahl in Sachsen. — Zur Vertragsfrage. — Vorsicht! Ortsverwaltungen! — Geld- und Vaterlandsliebe. — Zweite Sitzung des Ausschusses des A.G.W. (II). — Unterstützungsfrage. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Für die Betriebsräte. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Familiengeschichte.

Die Stabilisierung der Kaufkraft.

Von Prof. E. Lederer-Heidelberg.

Schon der letzte Kurssturz der Mark im August d. J. hat überall die Tendenz geschaffen oder verstärkt, sich von dem Risiko des Kursstandes und der damit gegebenen Preisbewegungen loszulösen. Die Berechnung der Preise nach dem Dollarkurs, die Forderung der Indexlöhne, neuerdings der Goldlöhne, die Einführung der Wiederbeschaffungskosten als preisbestimmenden Faktor an Stelle der Beschaffungs- und Produktionskosten, die Versuche der öffentlichen Körper, sich Einnahmen zu schaffen, welche mit der Geldentwertung parallel gehen (wie Einkommen-, Umsatz- und Kohlensteuer), endlich die Ausgabe von Anleihen, welche entweder auf Getreide (Roggen) oder deren Marktpreis lauten, und in diesem auch verzinslich und rückzahlbar sind (dies ist der Plan des Oldenburgischen Ministerpräsidenten von Tanken); ebenso die Schaffung von Goldschatzwechsell. Alle diese Berechnungsmethoden und Vorschläge haben den Zweck, zu einer stabilen Grundlage der Kalkulation zu gelangen. Diese entspringen dem Bestreben, dem Prozeß der Geldentwertung zu entgehen. Insofern aber der Geldentwertungsprozeß nur eine Folge der volkswirtschaftlichen Verarmung, des volkswirtschaftlichen Defizits ist, wird jeder solcher Versuch im Grunde einen Ueberwälzungsprozeß darstellen, der die Folgen der Geldentwertung auf den Vertragspartner weiter schiebt, dem es dann überlassen bleibt, sich seinerseits anderwärts schadlos zu halten. Daher können alle diese Bestrebungen nicht zu einer Gesundung der Verhältnisse führen, sondern es können dadurch lediglich spezielle Schäden ausgeglichen werden, welche an einer übermäßigen Belastung durch die Geldentwertung liegen. Bekannt ist z. B., daß die Möglichkeit, landwirtschaftliche Grundstücke mit Hypotheken zu belasten, heute nur in geringem Maße gegeben ist, weil niemand gern Geld für lange Frist verleihen wird, welches er vielleicht völlig entwertet zurück erhalten wird — ein starkes Hemmnis für die Intensivierung der Betriebe.

Ebenso oder noch in höherem Maße leidet der Konsument an der Geldentwertung, denn da derart die Papiermark in den letzten Monaten den Charakter des Wertaufbewahrungsmittels verloren und gleichzeitig im Gefolge der Marktentwertung sich die Preisbildung nach dem Devisenstande orientiert hat, ist jede private Wirtschaftsführung völlig planlos geworden. Es ist heute, bei ständig wachsenden Preisen, privatwirtschaftlich falsch, zu sparen. Das hat aber zwei verhängnisvolle Konsequenzen. Erstens fehlen in der Einzelwirtschaft die Fonds, um größere Ausgaben zu machen, z. B. für Kleidung, Heizmaterial, Nachbeschaffung von

Möbeln zu sorgen. Zweitens bedeutet aber das Ausgeben des gesamten Einkommens: daß die Schichten mit festem Einkommen sich heute an der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung nicht mehr beteiligen. Sofern sie sparen, wählen sie aber den Weg der sicheren Anlage, und das ist nur zu häufig (da Ankauf von Aktien zu große Mittel erfordert), die Beschaffung von Devisen, wodurch die Preis-kurve immer wieder nach oben gedrängt wird.

Viele der volkswirtschaftlichen Uebel in unserer Lage könnten durch die Schaffung eines wertbeständigen Tauschmittels, einer wertbeständigen Rechnungseinheit gemildert werden. Ein solches wertbeständiges, gesellschaftliches Tauschmittel sollte natürlich das Geld sein. Es ist nur ein weiteres Zeichen für die fast unlösliche Schwierigkeit unserer Lage, daß wir zurzeit an eine Stabilisierung des Geldes gar nicht denken können. Aber wir können uns ein bescheideneres Ziel setzen: nämlich Wertträger zu schaffen, welche nicht in ihrer Kaufkraft, also ihrem Tauschwert vom Wechselkurs abhängen, und die oben angedeutete Idee des Oldenburgischen Ministerpräsidenten liegt ebenso in dieser Linie als die auf Gold lautende Anleihe der Schatzwechsell, die schon lange geplant, aber leider noch immer nicht durchgeführt ist.

Eine solche wertbeständige Anleihe hätte zwei günstige Wirkungen, wäre aber andererseits auch nicht gefahrlos: als günstige Wirkung wäre, wie schon angedeutet, das Aufhören der Angstläufe anzusehen. Jeder Konsument könnte den Einkauf bis zu dem Zeitpunkt verschieben, an welchem er die Waren benötigte; dadurch würde die Preisbildung nicht unter der Wirkung von Panikkäufen stehen, sondern in ruhiger Bahnen kommen. Ferner würde der Devisenmarkt wesentlich entlastet werden. Die gefährliche Seite des Planes liegt darin, daß ganz allgemein begonnen würde, in der fremden Währungseinheit oder in Gold zu rechnen. Der Industrielle und Kaufmann würde dann den Gewinn in dieser neuen Rechnungseinheit veranschlagen, und es müßten dann folgerichtig auch Beamte, Angestellte und Arbeiter ebenso rechnen, zumal wenn sie wieder zu einer ordnungsmäßigen Wirtschaft mit regelmäßigen Rücklagen für größere Anschaffungen übergehen wollten. Daher würde die Schaffung eines wertbeständigen Anlagepapiers in praxi bald den Uebergang zum Index bedeuten, denn in dem umgerechneten Realwert seiner Ersparnisse würde jeder sofort mit schärfer Klarheit den Gegenwert, den er erhält, ausgedrückt finden. Das volkswirtschaftliche Defizit wird nun aber heute gerade dadurch gedeckt, daß die Lohnempfänger, besonders aber die Beamten, unter dem Index bezahlt werden, und daß insbesondere die Bezieher von Kapitalrenten von der Geldentwertung voll getroffen werden. Sind auch sie in der Lage, den Index, d. h. die Geldentwertung voll zur Auswirkung zu bringen, so wird die Tendenz zur Preissteigerung wieder wachsen. In dieser Wechselbeziehung von Preis und Einkommen ist keine Schicht Herr ihrer Entschlüsse. Sie ist so zu handeln gezwungen, aber man muß sich darüber klar sein, daß die Erleichterung der Ueberwälzung das volkswirtschaftliche Problem keineswegs löst. Als Gegengewicht gegen die Preisentwicklung ist dann immerhin — insbesondere wenn die privatwirtschaftliche Vermögensbildung durch Sparen wieder einsetzt — die Konsumbeschränkung in Rechnung zu stellen.

Eine andere volkswirtschaftliche Gefahr droht jedoch bei steigendem Kurs der Mark: dann werden sich die Besitzer wertbeständiger Anleihepapiere wieder in die Mark hineinbegeben, um daran zu profitieren. Sie werden dann vermutlich auch wieder stürmisch Waren kaufen, um ihre Kaufkraft möglichst vorteilhaft zu verwerten. Eine Ausschaltung der Spekulation bringen diese Pläne also nicht, ganz im Gegenteil. Das Sparen wird auch dann so wie heute eine schwierige Angelegenheit sein, und möglicherweise werden Kreise in die Spekulation hineingezogen, welche ihr heute fernstehen. So ernsthaft alle diese Bedenken aber auch sein mögen, so sind sie doch in der heutigen Lage nicht ausschlaggebend. Es muß jeder Versuch, der zu einer Aenderung der Lage führen kann, gewagt werden; es muß durch ein rasches und energisches Vorgehen einmal auch der Besitz von Devisen gefährlich gemacht werden. Dann werden sich viele Besitzer von Devisen doch aus dem Gefahrengebiete herausbegeben, und wenn ihnen gleichzeitig ermöglicht wird, ihre Mittel wertbeständig anzulegen, so ist der Erfolg sehr wahrscheinlich. Gerade aber aus diesem Grunde empfiehlt es sich, nicht eine fremde Währungseinheit mechanisch nach dem Kurse zu übernehmen, sondern sich an die innere Kaufkraft der Mark zu halten. Diese ist doch stabiler, sie wird durch die Maßnahme selbst bedeutend standfester werden, und es wird durch eine solche „Kaufkraftsicherheit“ auch die Preisberechnung nach dem Devisenstande vermieden. Daher ist zu hoffen, daß in Bälde — in Verbindung mit einer fräftigen Offensive gegen den Markt — Einrichtungen getroffen werden, welche den ersten Schritt zu einer Stabilisierung zunächst der Kaufkraft und späterhin auch des Wechselkurses bedeuten können. (W. K.)

Eine bankrotte Sache.

Der kommunistische, sogenannte „Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte“ teilt in einem Aufruf mit, daß er den für den 22. Oktober einberufenen Reichsbetriebsrätekongreß um vier Wochen verschoben hat. Der Grund zu dieser Maßnahme ist das gänzliche Versagen der kommunistischen Agitation für diese Veranstaltung. Die Arbeiterschaft hat sich trotz aller Regiestünke nicht für den kommunistischen Rätekongreß begeistern lassen; soweit die RPD-Presse von Zustimmungserklärungen oder gar von Wahlen von Delegationen berichtete, handelt es sich um solche von Mitgliedern der kommunistischen Partei. Ihre eigenen Mitglieder wollen aber die RPD-Führer zum Rätekongreß nicht gehen, diese müssen bekanntlich schon gehören. Der Rätekongreß soll der Erweiterung des Einflusses der kommunistischen Partei dienen, da werden andere Dumme benötigt.

Ganz aufgegeben haben die RPD-Führer ihre bankrotte Sache noch nicht, es soll eine neue Kampagne für sie beginnen. Inzwischen sollen länderweise Betriebsrätekonferenzen stattfinden. Es gehört eine große Dreistigkeit dazu, den Arbeitern zuzumuten, für den Schwund Gelder zu sammeln und Delegationen zu wählen. Die Leipziger Betriebsräte haben über die Sache bereits gesprochen. Sie lehnen es ab, die „ehrenvolle“ Aufgabe zu erfüllen, der RPD irgendwelche Bedeutung zu verschaffen. Deshalb lassen sie die Herrschaften in Zukunft hübsch auf sich. Wenn die RPD-Führer eine neue Aufsichtsinanz für sich nötig haben, dann steht ihnen nichts im Wege, sich eine solche wählen zu lassen. Die Gewerkschafter und Sozialisten haben in Gewerkschaft und Partei ihre Organe des Klassenkampfes, sie brauchen nicht neue, die nur eine Zerpfitterung der proletarischen Kräfte bedeuten.

Familiengeschichte.

Von Henry Barbusse.

In dem finstern Kontor, das durch ein schmales Fenster matt und grünlich erleuchtet wurde, gestand Ernst seinem Vater stöhnend seine Neigung zu Fräulein Madeleine Desiron. Der dicke Tuchhändler wurde plötzlich feuerrot, ballte die Faust und schrie seinem Sohn entgegen: „Scheiß Dich zum Teufel!“ worauf der erbleichende Ernst machte, daß er hinauskam.

Bei Tisch bewahrte Herr Boyveau ein finstres Schweigen, beugte den Kopf über den Teller und machte ein böses Gesicht. Ernst schlich schweigend und mit geröteter Nase zu seinem Platz, stocherte nur im Essen herum und warf Märtyrerblicke auf seinen Vater. Frau Boyveau versuchte, die Mahlzeit durch ein wenig Stadtklatsch zu beleben, doch ihr Ton klang matt und matter und endlich schweig sie ganz und hob nur die Augen zur Zimmerdecke empor.

Als sie sich am Abend mit dünnen Fingern die Papilloten ein-drehte, wagte sie es endlich, ihren Gatten zu fragen: „Warum eigentlich nicht?“

Wütend drehte er sich auf einem Fuß herum, schwang seine Halsbinde in der Hand und brach aus: „Ihr seid wohl sämtlich verrückt geworden?“

Die arme Frau Boyveau wankte vor Entsetzen und mußte sich am Nachttischchen festhalten.

Als Boyveau im Bette lag, warf er sich von einer Seite auf die andere und stieß Laute aus wie ein gereiztes Raubtier, bis er endlich mit den Tönen eines ratternden Automobils seinen Einzug in das Traumland hielt.

Die Idee einer Heirat zwischen Ernst und Madeleine war nämlich die unmöglichste der Welt, und das aus einem sehr einfachen Grunde: Ernst Boyveau und Madeleine Desiron waren aller Wahrscheinlichkeit nach Bruder und Schwester.

Wenigstens hatte Frau Desiron, die damals noch Amelie für ihn hieß, als sie noch schön und Herr Boyveau noch schlank war, in einer ihrer letzten Auseinandersetzungen geschworen, daß Madeleine ebenso seine Tochter sei, wie Ernst sein legitimer Sohn.

Diese Behauptung Amelies eröffnete schredensvolle Perspektiven, und die zwei jungen Leute machten die ungeheure Dummheit, sich ineinander zu verlieben, wo es doch eine solche Fülle anderer junger Menschen beiderlei Geschlechts in der Stadt gab.

Die einzige Entschuldigung der beiden armen Narren war, daß sie nicht wissen konnten, was das ehebrecherische Frauenzimmer als gewiß behauptet hatte. Niemand wußte übrigens davon, da die Schuldigen die ganze Zeit über eine tadellose Haltung gewahrt hatten.

Die nächsten Tage verliefen äußerst peinlich. Die brutale Abweisung Herrn Boyveaus sprach sich rasch herum und verletzte allgemein: die Ansprüche, die Ernst auf die Teilhaberschaft in der

Firma machte, waren durchaus berechtigt, die Verhältnisse stimmten ausgezeichnet zusammen. Der einzige Makel, daß Frau Desiron sich hatte scheiden lassen und wieder verheiratet war, wurde durch die Tatsache ausgeglichen, daß sie in Nimes lebte und das Geld sowieso nicht ihr gehörte. Der dicke Tuchhändler, der allein sein Geheimnis zu hüten hatte, begegnete jeden Augenblick dem stummen Vorwurf in den Augen Ernsts, der ihm immerfort wie eine Erscheinung in den Weg trat, ganz weiß, faß und beinahe rechtlich wie ein Blatt Papier. Er mußte es auch mit ansehen, wie seine Frau ganz verstört wurde, ihre häuslichen Beschäftigungen einstellte und sogar darauf verzichtete, den schrecklichen Untaten der Magd Interesse entgegenzubringen.

Eine öffentliche Mißstimmung war nicht länger zu verkennen. Die Stadt blißte streng und überrascht auf Boyveau, wenn er am Feierabend durch die grauen Gassen dem Café Pipaud zuschritt, mit flatterndem Rock und lebhaften Farben, wie ein Plakat aus der Ferne anzusehen.

Im Café empfingen ihn die alten Freunde mit einem Lächeln, hinter dem man ein Grinsen des Uebelwollens fühlte. Andere grüßten zu flüchtig, den Hut nur mit den Fingerspitzen lüftend. Einer aus der täglichen Spielart versuchte treuherzig, eine Aus-sprache herbeizuführen, aber er bekam scharfe Antworten und höhnische Bemerkungen über seine Vordringlichkeit zu hören. Schließlich schweig man, aber ersichtlich war ein jeder in Gedanken mit dieser Sache beschäftigt.

Boyveau besaß nicht genug Phantasie und diplomatische Begabung, um sich aus der Situation zu ziehen. Er machte den ganzen Tag über ein finstres Gesicht, er schrie und grüllte, aber er litt; für Tragödien war er nicht geschaffen. Im Grunde ward ihm angst davor, als einziger gegen alle zu stehen, und daß er der Welt als Narr galt, machte ihn immer schwermütiger.

An einem Morgen im Februar trat Frau Boyveau bei ihm ein mit ihrem demütigen Gesicht. Im grünlichen Licht des finstern Kontors stand er über sein Schreibtisch gebeugt und sah Rechnungen durch. Er hob sein hilfloses und verschommenes Gesicht empor. „Hör mal,“ flüsterte die trübe Gefährtin, „unser Ernst reißt sich auf vor Kummer. Gestern hat er nur Suppe gegessen, wird er morgen überhaupt noch etwas essen? Auch die Kleine ist ganz elend und außerdem hat sie einen großen Schmerz zu tragen: Du weißt es noch gar nicht, ihre Mutter ist dieser Tage in Nimes gestorben.“

„Wie?“ stammelte der Kaufmann, „ist das wahr?“

„Es steht schon in der Zeitung,“ sagte die Frau mit ängstlicher und erschauernder Stimme. „Ihr zweiter Mann ist sehr angefahren, da haben die Blätter den Todesfall gleich gebracht.“

Der dicke Mann riß die Augen auf und griff sich an die Stirn. Dann nahm er seinen Hut, blieb auf der Schwelle einen Augenblick stehen wie bewußtlos und lief hinaus.

Frau Desiron tot! Er atmete aus voller Lunge: der Frühling war doch schön, schöner als man ahnte. Unter silbernen Sonnen-

strahlen fächelte ein feiner Wind. Noch war es winterlich, und doch fühlte man ein erstes und zartes Versprechen einer Erneuerung, wie einen Frühling des Frühlings.

Am Ende der Straße hob er den Kopf. Sein Gesicht erhellte sich allmählich. Er trachte dem Café Pipaud entgegen.

Also war sie tot! Arme Amelie! So muß ein jeder dahingehen! Nun war er der einzige Mensch auf der Welt, der von dieser Watterschaft wußte, dieser angeblichen Watterschaft.

Um die Fleischerstraße zu vermeiden, machte er eine Wendung nach rechts mit der Leichtfertigkeit eines Jünglings. Er wuschelte dem Blumenstod von Hortense Pépé zu, der immer und ewig in dem niedrigen Eckfenster blühte. Er durchließ die Straße mit großen, elastischen Sprüngen. Er fühlte sich behaglich, freigeig, glücklich.

Obgleich er im Café sehr wohl die Atmosphäre des Uebelwollens fühlte, sprach er laut und lachte besonders fröhlich, wenn ihm Amelies Tod in den Sinn kam; er war wirklich kein solcher Narr, daß er über das Hinscheiden einer Dame hätte trauern sollen, die die legitime Gattin anderer Männer gewesen war.

Als er heraustrat, dachte er, wie schlecht sich die Tote benommen hatte, indem sie versuchte, ihm solche Gedanken über Madeleines Ursprung einzupumpfen. Drei Wochen lang hatte sie die ganze Stadt damit gequält, nur auf eine Vermutung hin, die ebenso zweifelhaft wie unwahrscheinlich war.

Frauen sind Teufel, aber er war ein guter Mensch und wollte ihr vergehen. Ein Nieschen drängte sich auf seine Lippen, und beim Nachhausekommen summte er die Marcellaise.

Er suchte Ernst auf, der sich scheu wie immer an seinem Lieblingsplatz unter Stoffballen verbarg, und plötzlich wurde er von dem jämmerlichen Aussehen des Jünglings gerührt, der doch ganz und gar zu ihm gehörte. Voll Großmut rief er ihn an: „Na, mein Junge?“

Ernst erhob seine klavisch demütigen und hilflosen Augen, und sein breiter Mund zitterte in dem mageren Gesicht.

„Nur Mut, alles wird gut werden, glaub' Deinem alten Papai!“

Er dachte nicht mehr nach, er beschneite nichts mehr, aus seinem Herzen kamen gute Worte und freundliches Lachen. Er ließ sich gehen, fortgerissen von einer gebetnisvollen und großmütigen Lebensfreude.

Seine Wangen, die vom Laufen rötlich und feucht schimmerten wie ein schöner Schinken, färbten sich noch dunkler. Er gab seinem Sohn einen freundschaftlichen Puff und schalt auf den bösen Vater, der sein liebes Kind tränkte und quälte. Dann rief er „Zu Tisch!“ und schleppte seine Frau an der Hand ins Speisezimmer; sie hatte sich auf dem Gang herumgedrückt und sah dünn und schlaff aus, wie ein aufgehängtes Kleid.

Auf seinem Gesicht strahlte das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht, die endlich über alle Widerwärtigkeiten gelegt hatte, und die reine Freude, daß er nach stürmischer Zeit endlich Frieden und himmlisches Glück rings um sich verbreiten durfte.

Gewerkschaftsmitglieder und Landtagswahl in Sachsen.

Man schreibt uns aus sächsischen Gewerkschaftskreisen: Der sächsische Landtag ist mit den bürgerlich-kommunistischen Stimmen aufgelöst worden, und am 5. November steht das sächsische Volk vor der Entscheidung, ob es den Reaktionen von einst das Staatsruder wieder überlassen will oder ob die soziale Republik ihre fruchtbringende Arbeit weiter verrichten soll.

Als der Landtag 1920 mit einer sozialistischen Mehrheit von zwei Stimmen zusammentrat und allen Anfeindungen zum Trotz die reine Arbeiterregierung, bestehend aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen mit Unterstützung der Kommunisten bildete, da waren sich die Kenner der sächsischen Verhältnisse klar darüber, daß bei der Stärke des Bürgertums und der unfruchtbaren Politik der Kommunisten diese Lösung sehr gewagt erschien. Denn die wirtschaftliche Not des industriell hochentwickelten Landes und der Mangel an Staatsmitteln machten besonders die Durchführung sozialer Maßnahmen recht unwahrscheinlich. Heute kann dagegen gesagt werden, daß dieses Experiment geglückt ist, und daß die sozialistische Regierung in den zwei Jahren ihres Bestehens in sozialer Hinsicht geradzum Vorbildlich gewirkt hat.

Die Verwaltung und Justiz sind mit zähester Energie demokratisiert, die reaktionären Elemente in ihr entfernt und Sozialisten und gute Republikaner mehr und mehr zu Amtshauptleuten, Kreishauptleuten, Geheimräten, Polizeipräsidenten, Staatsanwälten und Richtern ernannt worden. Die eingebrachte Gemeindeform sollte dieses Werk der Demokratisierung vollenden und den Mehrheitswillen des Volkes auch in der Gemeindeverwaltung zur Geltung bringen.

Ein Hauptaugenmerk legte die Regierung und der Landtag auf die Befestigung und Erweiterung der Arbeiterrechte. Zu Bau- und Grundbesitzkontrollen sowie zu Gewerbeinspektoren wurde eine Anzahl gewerkschaftlicher Arbeiter ernannt, unbekümmert um das Geschrei, das aus Interessententreisen gegen diese Beförderung erhoben wurde. Bei ausbrechenden Lohnunterschieden traten die Arbeitergeheimräte der Regierung in energischer Weise für die berechtigten Forderungen der Arbeiter ein und verhinderten in einer großen Anzahl von Fällen, daß der rückfällige Machtwille des Unternehmertums sich in Lohnkämpfen oder Aussperrungen auswirkte. Die energische Durchführung des erlassenen Ueberstundenverbotes sorgte dafür, daß die Arbeitslosigkeit auf das niedrigste Maß beschränkt wurde. Die wirtschaftlich stark darniederliegende vogtländische Spitzenindustrie wurde durch Verpflanzung neuer Industrien umgestellt und lebensfähig gemacht. Für 29 000 Erwerbslose konnte durch Einrichtung von Notstandsarbeiten eine erhöhte Erwerbslosenunterstützung beschafft werden. Für produktive Erwerbslosenfürsorge wurden im Jahre 1921 nicht weniger als 2 1/2 Millionen Mark verausgabt. Das Wirtschaftsministerium betraute die Landesstelle für Textilnotstandsversorgung mit der Organisation von Aufträgen in Bekleidungsmaterial und Wäsche und bestimmte, daß die Preisfaktulation der auftragerhaltenden Industrien unter die Kontrolle der Gewerkschaften gestellt wurde. Durch diese Notstandsversorgung sind der minderbemittelten Bevölkerung für über 100 Millionen Mark erheblich verbilligter Textilien, Kleidungsstücke und Schuhwaren zugeführt worden. Das frühere Reichsbekleidungsamt Dresden wurde in ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen umgewandelt, an dem außer der Staatsbank die Groß-Einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine und die Produktivgenossenschaft der Schneider in Dresden und Seiffenmehrsdorf beteiligt sind. Sodann wurde ein Arbeitnehmerkammergesetz eingebracht, das der Arbeiterchaft die Möglichkeit geben soll, in allen wirtschaftlichen und beruflichen Fragen der Regierung beratend und gutachtlich zur Seite zu stehen und damit ein Gegengewicht zu den Gewerbe- und Handelskammern zu bilden. Die gleiche Absicht verfolgte die Regierung in dem eingebrachten Landwirtschafskammergesetz, das den Einfluß der Großagrarier in der landwirtschaftlichen Produktion und Preisbildung eindämmen und den Landarbeitern zum erstenmal ein Mitbestimmungsrecht auf diesen Gebieten geben sollte. Das Staatswirtschaftsamt wurde unter Mithilfe der Arbeitervertretung durch das Staatswirtschaftsamt in vorbildlicher Weise wieder aufgerichtet. Elektrizitäts-, große Kohlenwerke, Landwirtschaftsbetriebe usw. wurden dem privaten Ausbeutertum entzogen, der Gesamtheit mit bestem Erfolg dienstbar gemacht und damit gleichzeitig der Sozialisierungsgedanke befruchtet.

Für den Wohnungsbau wurde die doppelte Summe bereitgestellt, die der Staat auf Grund des Reichsgesetzes zu geben verpflichtet war. In der Wohlfahrts-, Säuglings- und Kleinkinderpflege, im Mutter- und in den Mütterberatungsstellen wurde vorbildlich gearbeitet, die Jugendwohlfahrt ausgebaut, die Tuberkulosen-, Krüppel- und Erholungsfürsorge in gründlichster Weise gefördert und allerorts Arbeiterwohlfahrtsauschüsse gegründet, die mit staatlichen Mitteln die Wohlfahrtspflege in andere Bahnen lenkten. Der Arbeiterportbewegung wurde die denkbar größte Unterstützung zuteil. Auch die Polizei konnte umgestellt und zu Dienern der sozialen Republik gemacht werden.

Endlich ging die Regierung an die Umbildung des Volksschulwesens. Durch die Umwandlung der Lehrerbildung wird der heranzubildende Volksschullehrer auf die sozialen Ideen der neuen Republik und die neuesten Methoden der Pädagogik eingestellt und in der Aufbauschule 300 Kindern des Proletariats jährlich die Möglichkeit gegeben, auf Kosten des Staates eine Gymnasialbildung zu erhalten. Den Rahmen dieser geistigen Umstellung vollendete das Schulbedarfsgesetz, das die Volksschulbildung gründlich vertieft, den Lehrer zum Angestellten des Staates macht und ihn somit aus den Fesseln einer rückständigen Gemeindepolitik befreit.

Daß all diese Maßnahmen nur unter dem energischsten Widerstand der bürgerlichen Parteien durchgeführt werden konnten, und daß die sozialistische Regierung diesen Parteien immer unbequemer wurde, versteht sich von selbst. Als daher der Landtag noch zwei christliche Feiertage abschaffte und dafür den 1. Mai und den 9. November zum gesetzlichen Feiertag erhob, da schrie die Reaktion auf und forderte stürmisch die Auflösung des Landtags.

Dieses Verlangen wurde zwar zunächst abgelehnt, doch stellten die Bürgerlichen das Volksbegehren auf Auflösung des Landtags. Die Regierung war keineswegs gewillt, dieser Auflösung aus dem Wege zu gehen, doch erklärte sie offenherzig, daß zunächst einmal die wichtigsten vor der Verabschiedung stehenden Gesetze durchgebracht werden müßten, u. a. die Gemeindeform, das Arbeitnehmerkammergesetz, das Landwirtschafskammergesetz, das Gesetz der Beamten zum Schutze der Republik u. a. m. Ebenso, daß sie Zeit zu gesetzgeberischen Maßnahmen benötige, um der durch die Marktentwertung heraufbeschworenen Not und dem Wucher zu steuern.

All das hätte auch durchgesetzt werden können, wenn nicht die Kommunisten, kommandiert von Berlin und Moskau, plötzlich der Regierung und den sozialistischen Parteien in den Rücken gefallen wären. Denn um die durch die Wertung entstandene Erregung der wertungstüchtigen Massen parteipolitisch auszunutzen, stimmten diese Arbeitervertreter mit den größten Feinden der Arbeiterchaft, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, für die Auflösung.

Da die sächsische Regierung mit ihrer vorbildlichen Politik auch im Reich und in anderen Ländern stets als Dränger und Wegweiser auftrat, steht die gesamte deutsche Reaktion dem Ausgang des Wahlkampfes mit größter Spannung entgegen. Sieht in Sachsen das Bürgertum, dann fällt das festeste Bollwerk der deutschen Republik, dann verschwindet ein Anreger und Stürmer auf sozialem Gebiete. Deshalb haben ganz besonders die sächsischen Gewerkschaften das größte Interesse an der Erhaltung einer sozialistischen Regierung, ganz besonders in einer Zeit, in der die Gegner der Arbeiterchaft sich anschießen, erobernde Positionen der Gewerkschaften abzubauen.

Rein gewerkschaftlich organisierter Kollege und keine Kollegin darf daher am 5. November der sächsischen Wahl fernbleiben. Wählt durchweg sozialistisch! Das ist die Parole unserer sächsischen Kollegenschaft und ihrer wahlfähigen Angehörigen am 5. November.

Zur Beitragsfrage.

Der Verbandsvorstand veröffentlicht an einer anderen Stelle des „Textilarbeiters“ die erneut festgelegten Unterstützungsätze. Die Unterstützungsätze sind wesentlich heraufgesetzt worden und den Beiträgen, die gezahlt werden, angepaßt. Es wird auch gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Karenzzeit für die Streikunterstützung von 26 auf 13 Wochen herabgesetzt worden ist. Diese Maßnahmen des Verbandsvorstandes werden eine tief einschneidende Wirkung auf unsere Klassenverhältnisse und somit auf die gesamte Organisation ausüben. Dieser Schritt war aber notwendig, um der Textilarbeiterschaft die Kampfführung nicht zu erschweren. Es wird aber nunmehr Pflicht der Kollegenschaft sein, mehr als wie bisher an ihre Kampfkasse zu denken, wie dies das Interesse einer Kampforganisation erfordert. Der Grundsatz, einen wirklichen verdienten Stundenlohn (§ 5 Abs. 2 des Statuts) wöchentlich als Beitrag abzuführen, muß restlos durchgeführt werden. Wer diesen Grundsatz nicht befolgt, schädigt sich und die Verbandsinteressen. Der Vorstand vertönt nicht die Schwierigkeiten, mit denen die einzelnen Kollegen in einer Zeit, wo sie von Not und Elend schwer umbrannt sind, zu kämpfen haben. Die Kollegenschaft muß aber bedenken, daß gerade in einer hohen Beitragsleistung das Geheimnis einer nach jeder Richtung hin schlagfertigen Organisation liegt. Dabei dürfen wir nicht verkennen, daß das, was heute der Verbandsvorstand von den Kollegen verlangt, nicht mehr ist, als das, was die Kollegenschaft bereits vor dem Krieg der Organisation gegeben hat. Vor dem Kriege betrug unsere Beiträge 30 bis 60 Pf. Die Kollegenschaft hat damals in der Regel mehr als einen verdienten Stundenlohn als Beitrag an die Verbandskasse abgeführt. Die Geldmittel, die damals an die Verbandskasse abgeführt

Vorsicht! Ortsverwaltungen!

Die Unternehmer arbeiten mit Hochdruck an der Befestigung der Ausfuhrabgabe. Auf ihre Initiative hin haben die Außenhandelsstellen für Wolle und Baumwolle sowie Kunstspinnstoffe bereits zu dieser Frage Stellung genommen. Die Seide will am 25. d. M. ebenfalls hierzu Stellung nehmen. Die Unternehmer versuchen hier gutachtliche Neuierungen dieser Stellen zu erlangen, die dahin gehen, daß die Ausfuhrabgabe den Export für Textilzeugnisse schädige. In der Unternehmerpresse, im „Konfessionär“, in der „Textilwoche“, in der „Deutschen Konfektion“, in der „Leipziger Wochenchrift für Textilindustrie“ u. a. erscheinen alarmierende Berichte über eingetretene Betriebsbeschränkungen, die offenbar den Zweck verfolgen, für die Begründung der Befestigung der Ausfuhrabgabe zu wirken. Zum anderen versuchen die Unternehmer, unsere Ortsverwaltungen durch Vorlegung fragwürdigen Materials dafür zu gewinnen, daß sie die Befestigung der Ausfuhrabgabe befürworten sollen. Wir ersuchen deshalb unsere Ortsverwaltungen, ohne Zustimmung des Verbandsvorstandes in dieser Frage selbständig nichts zu unternehmen. Eine so wichtige Frage kann nur mit Zustimmung des Hauptvorstandes ihre Erledigung finden. Wir bitten die Ortsverwaltungen, auch die Betriebsräte, in diesem Sinne zu handeln.

wurden, behielten ihren feststehenden und bestimmten Wert. Heute ist dies anders. So wie die Marktentwertung fortschreitet, so werden auch unsere vorhandenen Kassenbestände entwertet. Dieses muß den Kollegen außerordentlich zu denken geben. Die Kollegenschaft wird deshalb begreifen, daß in der gegenwärtigen Zeit der Marktentwertung wir mit allem Eifer darauf bedacht sein müssen, die Kraft der Organisation zu erhalten. Dies können wir nur, indem wir der Marktentwertung entsprechend die Beiträge erhöhen. Die Kollegenschaft muß deshalb hier eine große Selbstdisziplin üben. Wenn wir nicht die Beitragsleistung der Marktentwertung entsprechend erhöhen, dann würde dies zur Folge haben, daß die Organisation sehr bald kampfunfähig wäre, und dies wäre jedenfalls das Schlimmste, was die Textilarbeiterschaft treffen könnte. Erst durch eine schlagfertige, kräftige Organisation ist die Arbeiterchaft in der Lage, mit Erfolg gegen die herrschende Not und das Elend anzukämpfen zu können.

Während die Arbeiterklasse von der steigenden Wertung fast erdrückt wird, haben sich auf Seiten des Kapitals ungeheure Summen angehäuft. Dem Kapital ist es gelungen, die wirtschaftliche Macht an sich zu reißen und es sieht sich an, den Staat und die Menschen zu beherrschen. Das Kapital hat erkannt, daß, wenn es im Besitz dieser wirtschaftlichen Macht bleiben will, seine Kräfte immer mehr konzentrieren muß. Wir haben wiederholt im „Textilarbeiter“ auf die großen Konzentrationsbestrebungen innerhalb des Textilkapitals hingewiesen. In den Händen weniger Kapitalmagnaten ruht eine ungeheure Macht. Diese Kapitalkonzentrationen schreiten aber weiter; sie haben ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Große und mächtige Gebilde in der Industrie, die vor keinen nationalen Grenzen Halt machen, sind entstanden. Mit aller Deutlichkeit zeigt sich, wie die Syndikate, Trusts und Konzerne das Volk in die Verarmung und die Verelendung stürzen. Ganze Länder und Erdteile werden von einem einzigen Konzern erfaßt und ausgebeutet. Wir wollen hier nur auf den Stinnes-Vertrag verweisen, der zeigt, wie nach dem Kriege die Macht des Kapitals gewachsen ist. Die Konzentration der Auftragserteilung in die Hand eines Herrn bedeutet einen ungeheuren Einfluß dieses Mannes. Rathenau hat einmal von den Industrieherzogen gesprochen. Mit dem Stinnes-Gubersack-Vertrag ist der Weg zum Industrieoligopol beschriftet. Heute steht dem Staat die Macht der Konzerne gegenüber, und der Satz, daß der Staat sich um die Wirtschaft nicht zu kümmern habe, bedeutet, daß der Staat vom Kapitalismus abhängig ist.

Wenn wir gegen diese ungeheuren wirtschaftlichen Machtgebilde ankämpfen wollen, dann müssen wir unsere Organisation noch viel schlagkräftiger gestalten, als sie heute ist. Hier muß jedes einzelne Mitglied seine volle Pflicht und Schuldigkeit tun. Wir haben in der Vergangenheit zahlreiche Kämpfe geführt. Wir wollen an dieser Stelle nur verweisen auf die Kämpfe in Sachsen, Schlesien, Thüringen, Bayern und Baden. Bei diesen Kämpfen waren wir immer noch in einer günstigen Situation. Die Kämpfe wurden ausgefochten in einer Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur. Wir müssen aber damit rechnen, daß eines Tages ein Konjunkturmchwung eintritt. Die Zeit der rückläufigen Konjunktur werden dann die Arbeitgeber dazu ausnützen, die Arbeitsbedingungen der Arbeiterchaft zu verschlechtern. Die Frage des Lohnabbaues und die Verlängerung der Arbeitszeit wird dann wieder in den Vordergrund der wirtschaftlichen Kämpfe stehen. Dann wird die Organisation auf eine harte Probe gestellt werden. Für diese Zeit müssen wir Vorjorge treffen. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Kampfkasse dann so gefüllt ist, daß wir auch den größten Kampfanforderungen gerecht werden können.

Wenn sie nur einen Blick auf die Sätze der Streikunterstützung werfen, dann werden sie finden, daß zur Durchführung eines Kampfes ungeheure Geldmittel gebraucht werden. Bei der Konzentration des Kapitals müssen wir damit rechnen, daß die zukünftigen Kämpfe an Ausdehnung und Heftigkeit alles bisher Dagewesene übersteigt. Es ist also deshalb notwendig, daß wir Vorjorge treffen und allen Eventualitäten gewachsen sind.

Es ist aber auch darauf zu verweisen, daß die Verwaltungsunkosten beträchtlich gestiegen sind. Alle Materialien, die wir

brauchen, sind im Preise gewaltig verteuert. Bei der Größe der Organisation kann man sich denken, daß von dem Beitrag schon ein beträchtlicher Teil für die Verwaltungskosten in Anrechnung gestellt werden muß. Wir wollen hierbei nur darauf verweisen, daß für ein einzelnes Blatt dieser Zeitung über 5 Mt. für Papier aufgemendet werden muß. Liegt die Beilage bei, dann ist der Betrag beinahe 8 Mt. Die Herstellung des „Textilarbeiter“ allein erfordert wöchentlich mehr als 1 Million Mark.

Wir glauben deshalb, daß unsere Kollegen und Kolleginnen sich dieser von uns ausgesprochenen Pflicht nicht entziehen, sondern mehr als bisher darauf bedacht sind, daß ein voller Stundenverdienst als Beitrag geleistet wird. Wer sich dieser Pflicht entzieht, der schädigt die Interessen der Textilarbeiterschaft! Der schädigt seine eigenen Interessen! Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, sorgt dafür, daß überall die Bestimmung des § 5 Abs. 2 des Statuts zur restlosen Durchführung gelangt.

Geld- und Vaterlandsliebe.

Was ist Vaterlandsliebe? — Sie wurde uns in der Schule als ein Gebot gelehrt, dessen Befolgung zum Zweck habe, alle Volksgenossen als Ganzes, als Volkshaft, auf die höchste Stufe der Glückseligkeit zu heben — in materieller, geistiger, sittlicher, moralischer Beziehung und in allen anderen Beziehungen, zu denen sie sonst noch stehen könnten. Deshalb hatte man auch die Verteidigung des Vaterlandes stets als eine hohe sittliche Pflicht aller Volksgenossen, soweit sie für sie befähigt wären, gepriesen, mit Ausnahme der weidlichen Volksgenossen, denen man nur die Pflicht auferlegte, im Kriegsfall Samariter- und ähnliche Liebesdienste zu leisten. Durch die Verteidigungsberettschaft sollte das Land vor kriegerischen Ueberfällen bewahrt werden, durch die Verteidigung selbst vor den Greueln des Krieges, wenn er einmal nicht abzuwenden wäre. So sollte die ganze Volkshaft vor den Nachteilen geschützt werden, die ihr ein Krieg zufügen könnte, sollten diese Nachteile, wenn sie nicht ganz abzuwenden wären, wenigstens nach Möglichkeit gemildert werden.

Was aber erlebte man im letzterflohenen Kriege? — Zunächst sah es ja zwar aus, als sei man allgemein bereit, der Landesverteidigung alle Opfer zu bringen, zu denen man nur fähig sei — sowohl Opfer an Gut wie an Blut. Doch bald schlug die Opferbereitschaft in trasse Selbstsucht um. Der Andrang zu den Kampffahnen wurde immer schwächer und wurde bald durch die bekannte Drückerberei ersetzt. Und die materiellen Opfer, die gebracht wurden, wogen bald federleicht gegenüber den materiellen Gewinnen, die jeder zu machen bestrift war und machte, dem der Krieg dazu Gelegenheit bot. Und als dann später das Hungern begann, da bemühten sich nur wenige, das Sprichwort auszuprobieren: Geteiltes Leid ist halbes Leid, und fast alle strengten sich an, das ihnen nahende Leid auf andere abzuwälzen, d. h. anstatt selber ein wenig zu hungern, lieber andere zu verdoppeltem Hungern zu zwingen. Die Begüterten erteilten den Armen weise Lehren für die radikale Ausnützung der wenigen fragwürdigen zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel, suchten aber im geheimen sich die besten Bissen zu sichern, unbekümmert darum, was aus denen werden könnte, die weniger Gelegenheit hätten, so unolidarisch zu handeln oder deren stilles Gefühl ihnen solch selbstschändliches Handeln verbot. Kurz, man war bald fast allgemein wenig geneigt, die Kriegspflicht so zu erfüllen, wie man es als sittliche Pflicht hingestellt hatte. Noch weniger war man geneigt, die Kriegsleiden, die für die Heimat entstanden, gemeinsam zu tragen.

Und nun erleben wir daselbe an den Kriegsfolgen, die sich für die ganze Volkshaft aus der Lastfrage ergaben, daß wir den Krieg verloren haben. Schon im Kriege selbst wurden alle als Opferlämmer geschoren, die als Verbraucher sich irgendeinem Verkäufer tributpflichtig machen mußten. Und nach dem Kriege ist es darin noch schlimmer geworden. Doch das sind nur Kleinigkeiten gegenüber der Lastfrage, daß die Geldleute, die Deutschland aus seinem bekannten Vakuu gelend erretten könnten, sich, um ihrer eigenen Rettung willen, nicht scheuen, es vollends in den finanziellen Abgrund zu treiben, und damit in den wirtschaftlichen, sozialen, sittlichen, kulturellen Abgrund. Und die erst durch den Krieg zu materiellen Gütern gelangt sind, machen sicher keine rühmliche Ausnahme, sind vielleicht sogar die Rückfichtslosesten in dem Kampfe um den schändlichen Mammon. Sie, die berufen wären, die bekannte Aktion der Regierung zur Stützung der Mark praktisch durchzuführen zu helfen, sie suchen sie gerade unwirksam zu machen, weil es ihren gegenwärtigen materiellen Interessen entspricht, daß die Mark nicht wieder steige, sondern wenn möglich noch mehr sinke. Sie lassen dabei selbst ihr eigenes Zukunftsinteresse außer acht, treten aber das gesamte Staats- und Volksinteresse geradezu mit Füßen. Ihr Wahlspruch ist: Nach uns die Sintflut! Möge nach uns kommen, was wolle, auch eine Sintflut, die alle verschlingt, die nicht zur Spitze der Kapitalisten und Spekulanten gehören, wir werden schon noch eine uns rettende Planke erwischen, die uns barmherzig an Land tragen wird — und sei dieses Land auch ein fremdes Land.

So sieht die Vaterlandsliebe derer aus, um deren materieller Interessen willen die Kinder in der Schule zur Vaterlandsliebe erzogen worden sind und wohl auch heute noch erzogen werden.

Welche Lehre haben wir daraus zu ziehen? Nun die, daß der Kapitalismus sich moralisch abgewirtschaftet hat, moralisch seine Existenzberechtigung verloren hat und daß ihm wirtschaftliche Existenzberechtigung nur noch zuteilt als unentbehrliche Brücke zum Sozialismus, zu jener Wirtschaftsweise, unter deren Herrschaft erst wahre Vaterlandsliebe und unverfälschtes und ausnahmsloses Handeln nach ihr Platz greifen kann, wo jeder nur tun wird, was im Interesse aller Volksgenossen liegt, weil es dann auch ihm zugute kommt, wo niemand um seine Zukunft zu bangen braucht, weil er andere nicht ausgeraubt hat, wo jeder für sich in der Zukunft um so mehr erwarten darf, je mehr er in der Gegenwart für die Gesamtheit tut.

Jetzt stehen Kapital und Arbeit in einem Gegensatz zu einander, der unüberbrückbar zu sein scheint, weil das Kapital die Arbeit nicht als notwendige Tätigkeit für das Wohlergehen, ja für die Lebensmöglichkeit aller behandelte, sondern nur für sein eigenes Wohlergehen. Es brauchte nicht so zu sein, doch es ist so. Und nichts deutet darauf hin, daß es einmal anders werden könnte, so sehr sich auch die christlichen Harmonieapostel bemühen, den Kapitalisten zu zeigen, daß Kapital und Arbeit gemeinsame Interessen haben und aufeinander angewiesen seien; sie werden den Kapitalisten in Industrie und Handel vom Egoismus, von der Schlichtheit zum Altruismus, zur Menschenliebe, bekehren und ihm zu humanerer Denkweise verhelfen können, weil der einzelne Kapitalist handelte er weniger kapitalistisch, selber ein Opfer des Kapitalismus werden könnte, und weil es nicht möglich sein wird, der gesamten kapitalistischen Welt kapitalfeindliche und menschenfreundliche — wenigstens volksfreundliche und vaterlandsliebe — Denkweise beizubringen.

Weil das nicht möglich sein wird, die Menschheit aber doch nicht ewig unter der kapitalistischen Geißel leiden will, weil sie nicht zu leiden braucht im Ansehung eines möglichen Abhilfsmittels, des Sozialismus, so organisieren wir uns für seine Errichtung, für die Erlösung von Arbeit und Verbrauch aus seinen selbstschädigenden Klauen, die bereit sind, ganze Völker zu erwürgen, wenn es im Interesse derer zu liegen scheint, die die Klauen ihr eigen nennen und die sie zu räuberischem Griff zusammenkrallen auch in Stunden höchster Volksnot, wo sie sich gebend öffnen sollten, wo die Geldliebe die Vaterlands- und Menschenliebe nicht aufkommen läßt.

Zweite Sitzung des Ausschusses des ADGB.

II.

Zu einer ebenfalls vom Bundesvorstand vorgelegten Entscheidung zur wirtschaftlichen Lage waren mehrere Zusätze und Abänderungsanträge eingebracht worden.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die vom Bundesvorstand in Gemeinschaft mit den anderen Spitzenorganisationen unternommenen Schritte zur Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die vom Bundesvorstand in Gemeinschaft mit den anderen Spitzenorganisationen unternommenen Schritte zur Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers.

Eine weitere vom Vorstand vorgelegte Entscheidung gegen die kommunistischen Gewerkschaftserzürer erfährt ebenfalls eine kleine Abänderung.

Die Veröffentlichungen der Kommunistischen Partei in Zeitungen, Flugschriften und Plakaten überbieten sich in den letzten Wochen in Verbächtigungen und Beschimpfungen der Gewerkschaftsleitungen.

Diese Methode der kommunistischen Agitation soll bezwecken, das Vertrauen der unter dem schweren Druck der wirtschaftlichen Notlage leidenden Arbeiterschaft zu den Gewerkschaftsleitungen zu erschüttern.

Demgegenüber stellt der Ausschuss der ADGB fest, daß der von der Kommunistischen Partei geforderte Reichsbetriebsräte Kongreß lediglich kommunistischen Parteizwecken dienen soll.

Der Ausschuss verweist auf die Beschlüsse des 1. Reichsbetriebsräte Kongresses und des Leipziger Gewerkschaftskongresses, die das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften klarstellen.

Einer von den Vertretern des Baugewerbes eingebrachten Entscheidung zur Lage im Baugewerbe stimmte der Bundesauschuss zu.

Die ungeheure Preissteigerung auf dem Baumarkt hat derartig katastrophale Folgen gezeitigt, daß eine völlige Stilllegung der Bautätigkeit befürchtet werden muß.

Gegen diese kurzfristige Wirtschaftspolitik erhebt der Bundesauschuss aufs schärfste Einspruch. Würde der Aufforderung des Städtetages Rechnung getragen, so bedeutete dies auf der einen Seite eine dauernde Verschlimmerung der heute schon unerträglichen Wohnungsnot.

Das Baugewerbe ist ein Schlüsselgewerbe, von dem zahlreiche Baunebengewerbe einschließlich der Baustoffindustrie, des Baustofftransports und der Bauausstattungsindustrie abhängig sind.

Insbesondere fordert der Bundesauschuss die schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers, sowie Maßnahmen zur Verbilligung der Bauausführungen.

Der Bundesauschuss beauftragt den Bundesvorstand, sofort bei der Reichsregierung vorstellig zu werden und jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, um den Baustoffwucher zu beseitigen und die Fortführung der Bautätigkeit zu gewährleisten.

Ein Antrag des Bundesvorstandes auf Erhöhung des Bundesbeitrages führte zu dem Beschluß, den Beitrag für jedes Gewerkschaftsmitglied auf vierteljährlich 2 Mk. zu erhöhen.

Um weitere Mittel für das Haus des ADGB zu beschaffen, wurde beschlossen, von den Verbänden einen Beitrag von 3 Mk. für jedes Mitglied zu erheben. Ferner sollen noch Darlehensscheine ausgegeben werden, die von denjenigen Gewerkschaften übernommen werden können, die Gelder dazu zur Verfügung haben und die zu verzinsen sind.

Sodann beschäftigte sich der Ausschuss mit dem Internationalen Weltfriedenskongreß, der vom 10. bis 15. Dezember im Haag stattfinden soll.

Zu einer ausgedehnten Aussprache kam es bei der endgültigen Beschlussfassung über die Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben, die der Gewerkschaftskongreß dem Bundesauschuss übertrauen hatte.

Die in der Tagesordnung vorgesehene Erledigung der sonstigen vom Kongreß überwiesenen Anträge mußten wegen Zeitmangels auf die nächste Ausschusssitzung verschoben werden.

§ 44.

Sterbeunterstützung.

Unter Berücksichtigung der Ziffer 1 beträgt die Unterstützung:

Table with columns for age groups (30-100) and rows for different contribution classes (104, 260, 520, 780).

Bei allen Unterstützungen mit Ausnahme der Streik- und Gemahregelunterstützung ist der § 5 Abs. 4 und 5 des Statuts zu beachten, wo bestimmt wird, daß Mitglieder, die aus einer niederen zu einer höheren Beitragsklasse übertreten, erst Anspruch auf die der höheren Beitragsklasse entsprechende Unterstützung erwerben, wenn, vom Tage der Inanspruchnahme einer Unterstützung zurückgerechnet, mindestens 26 Wochenbeiträge der in Frage kommenden höheren Klasse gezahlt sind.

Bei der Streikunterstützung kommen unter gleicher Anwendung vorstehender Bestimmungen anstatt 26 Wochen nur 13 Wochen in Betracht.

Den Mitgliedern wird angeraten, die Unterstützungsätze auszuschneiden und ins Statut oder Mitgliedsbuch einzuhäften.

Der Vorstand.

Unterstützungsätze für die Beitragsklassen von 30 bis 100 Mk.

§ 35.

Streikunterstützung.

1. Die Höhe der Streikunterstützung bestimmt der Verbandsvorstand. Diese soll möglichst betragen in Beitragsklasse:

Table with columns for age groups (30-100) and rows for different contribution classes (13, 26, 52, 104, 156, 260).

Zu einer langen Aussprache kam es ferner bei dem Tagesordnungspunkt: Ausführung der Kongreßbeschlüsse über die Organisationsfrage. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die Vorschläge zur Zusammenfassung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden machen soll.

Als Ergebnis der Aussprache über diesen Punkt konnte Leipart feststellen, daß vollkommene Einstimmigkeit darüber herrscht, daß der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses dem Vorstand und Ausschuss beauftragt, eine Vorlage über einen organischen Aufbau der Industrieverbände auszuarbeiten.

Aber es darf nicht die Auffassung vertreten werden, als wenn nun bis zum Zustandekommen eines neuen Beschlusses die Entwicklung überhaupt nicht fortzuschreiten dürfte.

Zum 8. Punkt der Tagesordnung: „Verschiedenes“, lag eine Beschwärde des Dachdeckerverbandes vor, weil er durch einen Buchdruckerstreik in Frankfurt a. M. geschädigt und in seiner Tätigkeit gehemmt worden sei.

Der Kampf der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Lage darf nicht die Arbeiterbewegung selbst gefährden, wie es geschieht, wenn trotz Bewilligung der Forderungen die Herstellung der Arbeiterzeitungen und der gewerkschaftlichen Drucksachen, die Fertigstellung dringender Bauarbeiten oder Reparaturen in Gewerkschaftshäusern usw. verweigert wird.

Aus den Gewerkschaften.

Ablehnung des Anschlusses an den Baugewerksbund im Dachdeckerverband.

Der Zentralverband der Dachdecker hat in der Zeit vom 16. bis zum 24. September eine Urabstimmung über den Anschluß an den Baugewerksbund stattfinden lassen.

rechen. Bemerkenswert an der Abstimmung ist, daß der größte Teil der kommunistischen Mitglieder mit Nein gestimmt hat und eine große Zahl deshalb gegen den Anschluß stimmte, weil noch eine Anzahl baugewerblicher Berufe, darunter besonders die Zimmerer, nicht mit in den neuen Bund gehen, nach Ansicht dieser Kollegen der Baugewerksbund also nicht das sei, was sie sich immer darunter vorgestellt haben.

Aus der Textilindustrie.

Großhandelspreise für Textilien August—Anfang September 1922. Die Valuta- und Preiskatastrophe im August wird am deutlichsten durch die Ziffern für Baumwolle beleuchtet.

Table with columns for years (1913, 1920, 1921, Juli 1922, August, 5. Sept.) and rows for different textile types (1, 35, 29, 170, 352, 473).

Die Durchschnittspreise des August stellen also reichlich das Doppelte des Vormonats und das 350fache der Vorkriegszeit dar.

Table with columns for items (Wolle, Kammzug, etc.) and rows for prices in 1913, Juli 1922, August.

Betriebsbeschränkungen in der Baumwollindustrie. Anfolge der unbefriedigenden Nachfrage in den meisten Ländern wurden im Fragebogen von den Spinnereien Angaben über die ruhenden Spindeln und über die Spindenzahl verlangt.

Table with columns for countries (Land) and rows for spinning capacity (Halbjahr endend).

* Diese Ziffer stellt 48stündige Arbeitswochen dar, in japanischen Arbeitswochen lautet die Ziffer 4,56.

Interessenkämpfe zwischen verschiedenen Textilunternehmergruppen. Aus der Spinnerei Vorwärts in Bradwebe wird über einen Interessenkampf um die Bielefelder Spinnereien berichtet, der sich vor der Kammer für Handelsachen beim Landgericht Bielefeld abgespielt

Die Unterstützung wird vom ersten Streittag an gezahlt. Außer diesen Sähen werden für Kinder bis zur Vollendung der gesetzlichen Schulpflicht pro Streittag und Kopf 4 M. gezahlt.

2. Weiblichen Mitgliedern wird die Kinderunterstützung nur dann gezahlt, wenn sie alleinige Ernährer der Kinder sind.

3. Unverheiratete Mitglieder, die Alleinernährer der Familie sind, erhalten für zu versorgende Eltern sowie für Geschwister unter 14 Jahren gleichfalls die Unterstützung für Kinder.

4. Um die Beitragsklasse zu ermitteln, nach der die Unterstützung berechnet wird, werden von der zuletzt gelebten Beitragsmarke 13 Beiträge zurückgezählt. Nach der so festgestellten Beitragsklasse wird jeweilig die Unterstützung berechnet.

5. Wird bei der Zurückzählung auf eine Beitragsklasse gestoßen, die nicht mehr gelebt wird, so ist die nächst höhere in Geltung befindliche Beitragsklasse der Berechnung der Unterstützung zugrunde zu legen.

§ 42.

Umzugsunterstützung.

Unter Berücksichtigung der Ziffern 1-6 wird die Unterstützung in den höheren Klassen wie folgt gestaffelt:

Table with 4 columns: Beitragsklasse, 18-75 km, 76-150 km, über 150 km. Rows show values for classes 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65.

Table with 3 columns: Beitragsklasse, 18-75 km, 76-150 km, über 150 km. Rows show values for classes 70, 80, 90, 100.

§ 43.

Erwerbslosenunterstützung.

Die Ziffern 1-10 bleiben unverändert. Die Unterstützungsätze in den höheren Klassen werden wie folgt gestaffelt:

Large table with 4 columns for classes (30-45, 50-65, 70-85, 90-100) and 3 rows for distances (18-75 km, 76-150 km, über 150 km). Each cell contains three values for different support types.

hat. Auf Antrag der Mehrheit — die Aktienmehrheit befindet sich in den Händen einer schlesischen Webergewerkschaft unter Führung von Kommerzienrat Pinkus-Sorau und Dr. Hamburger-Landesgut — wurden die Herren Dr. Mag. Hamburger-Landesgut i. Schl., Generaldirektor Hecht-Breslau (Maußner-Konzern) und Freiherr von Godyn-Berlin (Sustiziar der Darmstädter Bank) mit 11 826 gegen 4742 Stimmen in den Aufsichtsrat zugewählt, wogegen die Mehrheit, die heimischen bzw. westfälisch-lippischen Interessenten der Spinnerei Vortwärts, Einspruch einlegten und in Verfolg dieses Einspruches Klage auf Ungültigkeit der Wahlen anstrebten. Diese Klage wurde in erster Instanz vor der Kammer für Handelsachen beim Landgericht Bielefeld verhandelt. Das Gericht hat den Beschluß für ungültig erklärt und aufgehoben mit der Begründung, die Einladung zur Generalversammlung sei nicht ordnungsmäßig erfolgt. Die Wahlen hätten sachungsgemäß in einer ordentlichen Generalversammlung vorgenommen werden müssen; das Protokoll sei nicht vollständig gewesen und die nachträgliche Ergänzung desselben sei unzulässig.

Für die Betriebsräte. Weibliche Betriebsräte.

Eine Kollegin schreibt uns: Unter Bezugnahme auf die beiden Artikel in den Nummern 32 und 33 des „Textilarbeiter“ (Weibliche Betriebsräte und Schulung der Arbeiterinnen) möchte ich folgendes antworten.

Durch den Krieg meines Mannes, meines Familienlebens beraubt, stehe ich im erwerbstätigen Leben neben dem erwerbstätigen Manne. Schon früher durch meinen Mann auf die gewerkschaftliche Organisation hingewiesen, war es seit dem Tage der Gründung unserer Ortsgruppe mein fester Entschluß, treu und fest mit den Arbeitskollegen die Ziele der Arbeiterbewegung erkämpfen zu helfen. Die Not der Arbeiter zwang schon vor dem Kriege die Frauen mitzuverdienen. Aber die Folgen des Krieges, die immer schwieriger werdenden Lebensverhältnisse steigern noch immer mehr die Zahl der erwerbstätigen Frauen. In den Betrieben sind wir jetzt alle organisiert, aber warum wir es sind, das begreifen die wenigsten. Nicht allein die Erhöhung der Löhne ist der Zweck des Verbandes, sondern noch mehr die Umstellung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische muß das Ziel seines, unseres Strebens sein. Dieses Streben kann nur verfolgt, dieses Ziel nur erreicht werden durch eine aufgeklärte, charakterfesteste, selbständig denkende Arbeiterbewegung.

Doch wie sieht es bei den Kollegen damit aus? Außer unseren Führern zeigen sich nur wenige auf dieser geistigen und moralischen Höhe. Oft halten sie die Frauen noch zurück. Diese Kollegen, die selbst nicht überzeugt sind, glauben, der Verband sei nur da, um unsere Löhne zu erhöhen. Sie glauben nur Beiträge zahlen zu brauchen und daß alle Arbeit von den Führern zu leisten sei.

Was ist schuld daran? — Ich glaube, die sehr schwierigen Wirtschaftsverhältnisse zerstören das Interesse an allem Ideellen, nicht minder der grenzenlose Egoismus der Menschen, und dann der Mangel an Selbständigkeit im Denken der Arbeiter.

Wenn nun unsere Kollegin Martha Hoppe in dem Artikel schreibt, wir Frauen müssen unseren Willen befehlen und uns mitarbeitend in den Dienst der Organisation stellen, auch als Betriebsräte die Interessen der Arbeiterinnen vertreten, so kann ich diese Worte vollkommen unterstreichen. Das Mitarbeiten der Frauen ist die wichtigste Forderung der Gewerkschaftsbewegung. Die Frauenfrage müßte deshalb für die Kollegen die allerwichtigste Frage sein. Die Frauenarbeit ist ja doch die Folge der kapitalistischen Produktion, denn die Frau wird ja vom Arbeitgeber bevorzugt, weil sie billiger arbeitet als der Mann.

Auch in unserer Ortsgruppe sind Frauen als Betriebsräte und für andere Posten gewählt, aber ihr Denken bewegt sich nicht auf dem festen Grunde der Organisation, und darum ist ihr Interesse für ihre Aufgaben gering. Unsere Ortsgruppe besteht aus 4 Betrieben, ich selbst bin in einem Betriebe Betriebsrat, augenblicklich Vorsitzende der Betriebsräte. Ich hatte den ehrlichen Willen, mit den Kollegen zu arbeiten zum Wohle der Gesamtheit. Es hat mir aber sehr viele Mühe gekostet, das Vertrauen der Kollegen zu gewinnen und sie zu überzeugen, daß ich nicht gegen sie, sondern mit ihnen arbeiten wollte. Es ist mir eine Freude, mit den Kollegen arbeiten zu können und unsere Arbeiterbewegung, welche ja auch ein Glied in der großen Kette ist, darin zu erhalten. Es muß aber schon eine feste Ueberzeugung vorhanden sein, um die Frauen heranzuziehen und in den Dienst der Allgemeinheit stellen zu können. Und ist die Ueberzeugung vorhanden, so fehlt es im allgemeinen an der Unterstützung durch die Kollegen. Die Führer allein genügen nicht. Darum muß mein Ruf immer wieder an die

Kollegen ergehen: selbst zu versuchen, immer mehr Aufklärung zu verbreiten, sich vor allem viel mehr um die Frau zu bemühen, sie als Mitarbeiterin, als Kameradin und somit als Mitkämpferin zu betrachten! Denn nur durch gemeinsame Ueberzeugung und vereinigte Kraft kommen wir zur Macht und durch sie zum Ziel. L. Sch., Göttingen.

Berichte aus Fachkreisen.

Augsburg. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung hielten wir am 11. Oktober 1922 im „Mohrentopf“ ab. Zur Tagesordnung: „Der Stand unserer Lohnverhandlung und die Lage der Textilarbeiterbewegung“ referierte Kollege Jung in etwa 1 1/2 stündigen Ausführungen. Aus diesen ging hervor, daß bei den am 10. Oktober 1922 im Sozialministerium in München gepflogenen Verhandlungen eine Einigung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern in der Frage des südbayerischen Bezirksarbeitsrates nicht erzielt worden war. — In der Diskussion erklärten sich alle Redner — auch die kommunistischen — mit der Haltung des Referenten einverstanden, nur glaubten die Anhänger der SPD. an der Tarif- und Lohnpolitik der Gewerkschaften im allgemeinen Kritik üben zu müssen. Die Versammlung erhielt dadurch einen starken politischen Anstrich, was dazu beitrug, daß eine sehr erhitzte Stimmung in der Masse sich breit machte. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde mit 3 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Nunmehr glaubten die Kommunisten das Heft in den Händen zu haben. Sie stellten den Antrag, daß auf die Tagesordnung der Filialgeneralversammlung (am 13. Oktober) die Frage des „Kommunistischen Reichsbetriebsräte-Kongresses“ gestellt werde. Nachdem der Referent nochmals zum Wort gekommen war, ging erneut ein Schlußantrag ein, der diesmal angenommen wurde. Bei der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Der Vorsitzende, Kollege Janu, schloß die Versammlung mit dem Hinweis, daß der Verlauf der Versammlung deutlich zeige, daß, wenn gewerkschaftliche Fragen zur Verhandlung stehen, die Einigkeit der Arbeiterbewegung im Vordergrund stehe. — Möge es immer so bleiben und möchten die unentwegten Stürmer daraus eine Lehre ziehen. — Ihre ordentliche Generalversammlung hielt die Filiale Augsburg am 13. Oktober im Evangelischen Vereinshaus ab. Es waren 174 Delegierte sowie eine Anzahl Gäste anwesend. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Kollegen Jädel-Berlin; 2. Geschäftsführerwahl; 3. Geschäfts- und Kassenbericht; 4. Gewerkschaftliches. Kollege Jädel-Berlin hatte wegen Verzögerung des Rathenau-Prozesses nicht erscheinen können. Bei der Geschäftsführerwahl wurde Kollege Hübler-Merane i. Sa. gewählt. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht, den Kollege Garron gab, war zu entnehmen, daß in den verfloßenen drei Monaten 73 233,50 M. an Erwerbslosen- und Krankenunterstützung ausgezahlt wurden. Da die Nähfabrik-Industrie noch gegenwärtig beschränkt arbeitet, wird auch in dem gegenwärtigen Quartal die Summe der Arbeitslosenunterstützung eine hohe sein, selbst wenn nicht noch etwa weitere Wirnisse auf wirtschaftlichem Gebiete eintreten. An den Geschäfts- und Kassenbericht schloß sich eine lebhaft diskutierte, die sehr fruchtbar verlief. Sehr reichlich besprochen wurde die Frage der Unterlassener und die Anwesenenden versprachen dafür zu sorgen, daß der Filiale die nötige Anzahl tüchtiger Unterlassener zur Verfügung gestellt wird. Im Anschluß daran wurde beschlossen, den Sozialaufschlag auf 3 M. zu erhöhen. Dem Kollegen Peter Schlecht — einem Mitarbeiter unserer Filiale — wurde für seine zwanzigjährige Unterlassenerstätigkeit der Dank der Filiale ausgesprochen. Nach Entlastung des Kassierers wurde noch die Frage des Verbandshauses und der Textilarbeiter-Jugendkapelle aufgerollt, wobei von der Geschäftsleitung nachgewiesen werden konnte, daß mit der Anschaffung eines eigenen Verbandshauses und der Gründung einer Jugendkapelle ein Fehlschritt nicht getan wurde. — Nach vierstündiger Dauer schloß der Vorsitzende, Kollege Janu, die anregend verlaufene Versammlung, nachdem er vorher noch dem Kollegen Jung für die der Filiale Augsburg geleisteten Dienste gedankt hatte, was alle Anwesenden sehr beifällig ausnahmen. — Möchten alle zukünftigen Generalversammlungen der Filiale Augsburg in gleich sachlicher und nützbringender Weise verlaufen, zum Nutzen der Textilarbeiterbewegung!

Greiz. Eine hier am 29. September abgehaltene Textilarbeiter-versammlung nahm einen Vortrag des Kollegen Jädel entgegen über „Die Aufgaben der freien Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft und die Lage der deutschen Textilindustrie“. In der Diskussion suchten einige Kommunisten an der Tätigkeit der Gewerkschaften heranzukommen und ihre Mordtäter Befehle anzubringen. Sie wurden von Jädel kurz, aber treffend widerlegt. — Kollege Rabold berichtete über den Stand der Lohnbewegung. — In Eifterberg sprach Kollege Jädel gleichfalls. Die Versammlung

war dort überfüllt und nahm einen glänzenden Verlauf. — Eine in Greiz am 5. Oktober abgehaltene Vollversammlung der Betriebsräte nahm nach zweistündiger, äußerst lebhafter Debatte mit großer Mehrheit folgende Entschlieung an: „Die am 5. Oktober tagende Vollversammlung der Betriebsräte von Greiz und Umgebung verurteilt die Treiberien, die unter der Parole „Einberufung eines Betriebsrätekongresses gegen den Willen des ADGB.“ geführt werden, weil diese Maßnahmen das Vertrauen der Arbeiterschaft zu ihren Gewerkschaften zerstören.“

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 29. Oktober, ist der 43. Wochenbeitrag fällig.

Aut Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Geschäftsführer und Hilfsarbeiter gesucht.

Für die zu errichtenden Geschäftsstellen Kolbermoor und Oppeln i. Oberchl. wird je ein Geschäftsführer gesucht. Der für Oppeln in Frage kommende muß außer der deutschen der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Für Reutlingen wird ein Hilfsarbeiter für den Innendienst, der in der Kassenführung bewandert ist, gesucht. Mit dem Verbandsleben vertraute und für die Posten befähigte Kollegen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbstverfaßten und handschriftlich selbst geschriebenen Aufsatz über die Aufgaben eines Geschäftsführers um diese Stellen bewerben. Das Bewerbungsschreiben muß mit dem Kennwort „Bewerbung“ versehen sein und spätestens bis 6. November d. J. an den Verbandsvorstand, Berlin O. 27, Magazinstraße 6/7, eingereicht werden.

Bedingungen: Mindestens dreijährige Mitgliedschaft und während dieser volle Beitragsleistung. Gegenwärtig gezahlte Beitragsklasse ist anzugeben. Ferner sind Angaben zu machen über politische Organisationszugehörigkeit. Eogl. Zeugnisse wollen man nur in Abschrift beifügen. Gehalt bemißt sich nach den Beschlüssen der vom Beirat eingesetzten Kommission vom August 1922.

Das erste Dienstauftrag gilt als Probejahr. Während desselben ist beiderseitig vierwöchige Kündigung zulässig. Der Vorstand.

Achtung! Arbeitslosen- und Kurzarbeiter-zählung.

Sächtag ist Sonntabend, der 28. Oktober. An diesem Tage ist die graue Karte auf beiden Seiten gewissenhaft auszufüllen, mit 3 M. zu frankieren (nicht als Drucksache!) und sofort an die Zentrale einzuliefern. Fehlende Karten liefert die Zentrale auf Bestellung.

Berechnungstabellen betreffend.

Auf verschiedene Anfragen zur Mitteilung: Unterstützungs- und Wertberechnungstabellen für Orts- und Untertassierer lassen wir bis auf weiteres nicht anfertigen. Gründe dazu sind: Bei der immer weiter steigenden Entwertung des Geldes und der dadurch notwendigen Steigerung der Stundenlöhne müssen in immer kürzeren Zeiträumen höhere Beitragsmarken herausgegeben werden, damit der Bestimmung des Status „ein Stundenlohn als Wochenbeitrag“ Rechnung getragen wird.

Würde der Vorstand nun jedesmal neue Unterstützungs- und Wertberechnungstabellen anfertigen lassen, dann könnte der Fall eintreten, daß diese ungültig sind, ehe sie verandt werden. Dazu kommen die enorm gestiegenen Druckkosten. Deshalb können wir obige Tabellen erst dann wieder anfertigen lassen, wenn einigermaßen stabile Verhältnisse eingetreten sind.

Die Berechnung der Wochenmarken ist, da nur volle Mark in Betracht kommen, eine sehr einfache; daselbe ist bei der zehnprozentigen Berechnung des der Lokalkasse verbleibenden Betrages der Fall.

Die neuen Unterstützungsätze bis zum Wochenbeitrag von 100 Mark sind in dieser Nummer des „Textil-Arbeiter“ abgedruckt. Die Mitglieder sind gebeten, die Tabelle auszuschneiden und in das Statut einzukleben.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

- Gau Hannover. Bodenem. V und K: Chr. Kerl, Junternhof 296. Elze ist eingegangen. Gau Cassel. Apolda. K: Ernst Stockmann, Geschäftsführer, Heidenberg 20. Gau Barmen. Rastätten. K: Ph. Welden, Emser Str. 53. Rheinl. K: Mathias Tiefing, Geschäftsführer, Rosenstr. 9. Tel.: Nr. 147. Gau Augsburg. Bilsbiburg. K: Karl Holzner, Kastl-gangl. 3. Gau Dresden. Geyer. (Neu.) V, K und Geschäftsführer: Emil Schuster, Lindenstraße. Klingenthal ist mit Adorf i. B. verschmolzen. Gau Nienburg. Freiburg i. Schl. K: Alfred Brunzel, Sandstraße 11. Gau Berlin. Neuruppin ist eingegangen.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.

- Breslau. Stickerei- und Polamentenbranche. Donnerstag, 2. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Freiberg. Dienstag, 7. November, in der „Union“, Berthelsdorfer Straße. Kiel. Sonnabend, 4. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Leobsdorf. Sonnabend, 4. November, im Volkshaus, Coseler Straße 6. Neustadt (Orla). Freitag, 3. November, abends 8 Uhr, im „Eiskeller“. Pöfned. Hermann Kallenbach. Weida. Donnerstag, 2. November, im „Waldschlößchen“.

Ortsverwaltungen.

Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten.

- Berlin. Buch-Nr. 117 871, für Gebhard Settele, eingetragen am 18. Juni 1900 in Augsburg. Neumünster. Buch-Nr. 814 676, für Anton Gleichenski, Auspußer, geboren am 29. Januar 1887 in Grüneberg, am 9. April 1920 vom Eisenbahnerverband übergetreten.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- Kachen. Josef Bergh. Chemnitz. Rudolf Gärtner; Eduard Richard Kühnert; Emil Richard Kömer; Erna Dora Scheibauer. Glauchau. Richard Sachse; Walter Kilian; Martha Fickert. Hamburg und Altona. Wilhelm Laufener. Lauban. Franz Baumert; Greiffenberg; Elise Seibt. Leipzig. Martha Röttinga; Pauline Kölling; Wilhelm Weidner. Plauen i. V. Dora Schenker; Anna Großer; Martin Dorn. Reichenbach i. V. Albin Koch; Rundsorf; Fritz Junghahn. Saßgitter. Wilhelmine Klein. Werdau. Ella Lippmann. Ehre ihrem Andenken!

Einige geübte Handdrucker

stellt ein Mechanische Weberei H.-G., Zittau.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 27. Oktober

Verlag: Karl Götsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Drefsel in Berlin. für alles andere Paul Wegener in Berlin. — Druck: Vortwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Wirtschaftliche Beilage zum „Textil-Arbeiter“

Inhalt: Wirtschaftliche Uebersicht. — Restlose Erfassung der Kartoffelernte. — Ein Wetterzeichen. — Aus dem Münsterlande. — Arbeiterinnenkonferenz für das Münsterland. — Mitgliederstand, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat September 1922. — Herbstionne (Gedicht). — Die Kunst im Arbeiterheim

Wirtschaftliche Uebersicht.

Wiederum haben wir einen erheblichen Marktsturz durchgemacht. Trotz der durch die Abmachungen mit Belgien geschaffenen Atempause ging der Dollarkurs in ganz kurzer Zeit aufs neue um das Doppelte in die Höhe, er hat jetzt sogar das Niveau überschritten, das bereits im Juli und August erreicht war. Am 6. September notierte der Dollar an der Berliner Börse 1248,43 Mk., einen Monat später, am 7. Oktober, war er auf 2242,13 Mk. hinaufgeklüppelt, und nach einer weiteren Woche stand er auf rund 3000 Mk. Ueber die Ursachen dieser Entwicklung gibt es eine Reihe Erklärungen. Die berufsmäßige Börsenspekulation allein kann für die scheinbar unauffällige Entwertung der Mark nicht verantwortlich gemacht werden, vielmehr ist die Hauptschuld für die Zerrüttung der deutschen Währung in unseren gesamten wirtschaftspolitischen Zuständen zu suchen. Um es kurz zu sagen: Die deutsche Mark hat ihre Rolle als Wertmaßstab eingebüßt, jedes Vertrauen zu ihr ist verlorengegangen; wem es möglich ist, der flüchtet in die fremden Devisen.

Bis vor einiger Zeit wurden die ausländischen Zahlungsmittel lediglich im Verkehr der deutschen Industriellen, Exporteure und Importeure mit ihren ausländischen Lieferanten oder Kunden benutzt. Je schneller aber die Entwertung der Mark vor sich ging, desto mehr bürgerte sich der Brauch ein, auch im Inlande mit einem stabilen Wertmaß zu arbeiten. Der Fabrikant setzte seine Waren in amerikanischen Dollars, holländischen Gulden oder schweizerischen Franken an, wenn er überhaupt Festaufträge entgegennahm; sobald er die berühmte Formel „freibleibend“ anwandte, die ihn gegen jedes Risiko schützen sollte, rechnete er den Tageskurs der Mark bei der Bezahlung der Waren an. Dieses Verfahren pflanzte sich dann auch auf den Handel fort. Im Leipzig'schen Pelzhandel beispielsweise wird schon seit geraumer Zeit nur noch in ausländischer Währung verkauft, und wenn der Kürschner aus der Provinz, der mit dem Ausland in seinem ganzen Leben nichts zu tun hatte, Ware haben will, so muß er sich Franken oder Gulden anschaffen. In anderen Branchen verlangen die Fabrikanten und jetzt auch der Großhandel sogar Vorauszahlung in ausländischen Devisen. Da zwischen dem Tage der Bestellung und dem Tage der Ablieferung in der Regel mehrere Monate liegen, so werden auf diese Weise sehr große Auslandswerte bei uns festgelegt.

Aber nicht genug damit; die kapitalkräftigen Kreise begnügen sich nicht mehr mit der Sicherung gegen Kursverluste im Warenverkehr, sie legen ihre überflüssigen Kapitalien in Devisen an, sie schaffen sich riesengroße Fonds, die sie vor den Folgen der als unabwendbar angesehenen Wirtschaftskrise bewahren sollen.

Die Kapitalflucht aus Deutschland

vollzog sich anfänglich in der primitivsten Form, indem greifbare Goldwerte auf Schleichwegen ins Ausland gebracht wurden. Dann sammelten die großen Exportunternehmungen Guthaben im Ausland dadurch an, daß sie einen Teil des Verkaufserlöses für ihre Waren nicht mehr nach Deutschland zurückführten. Jetzt flieht das Kapital gar nicht mehr ins Ausland, es kauft hier ausländische Zahlungsmittel und sorgt dafür, daß sie nicht dem Zugriff des Staates verfallen. Man kann nunmehr folgenden Vorgang beobachten: Die Industrie kauft Devisen für die Rohstoffe, der Zwischenhandel kauft Devisen, um damit die Industrie zu bezahlen, und schließlich kauft auch der Einzelhändler Devisen, damit er Waren vom Großhändler erhalte. Je mehr die Pyramide nach unten geht, desto größer wird der Bedarf an Devisen, denn der Händler muß ja nicht nur die ausländischen Rohstoffe damit bezahlen, sondern auch den Arbeitslohn, die Kohle und die übrigen Produktionskosten, die im Inlande entstanden sind. Daneben kauft nach Möglichkeit jeder einzelne noch einmal Devisen, um sich gegen spätere Marktstürze zu sichern.

Dieser ungeheure Devisenbedarf muß eine immer schnellere Entwertung der Mark zur Folge haben, und im Zusammenhang damit wirken auch die bisherigen Ursachen auf den Verfall der deutschen Währung hin. Der Papiergeldumlauf beträgt jetzt rund 350 Milliarden, die schwebenden Schulden des Reichs sind allein im September von etwa 350 Milliarden auf weit über 500 Milliarden gestiegen. An Schatzwechseln entfallen darauf rund 450 Milliarden. Die Aufblähung des Geldumlaufs hat damit aber noch längst nicht ihre äußere Grenze erreicht, denn der Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft, auch das Bedürfnis nach Verwertung der Kapitalien ist noch außerordentlich groß, die Preissteigerung für alle Waren macht immer weitere Fortschritte, die Tarife der Eisenbahnen und aller Verkehrsmittel suchen sich in immer schnellerem Tempo der Geldentwertung anzupassen und vermehren dadurch unausgesetzt den Bedarf an Zahlungsmitteln.

Die Regierung hat endlich eingesehen, daß sie diese Entwicklung nicht länger ruhig weiterziehen lassen dürfe und sie hat eine Notverordnung erlassen, durch die der illegale Handel mit Devisen eingeschränkt werden soll. Künftig sollen nur für wirkliche Auslandsgeschäfte ausländische Zahlungsmittel angeschafft werden dürfen, für das Inlandsgeschäft gilt nur die deutsche Mark, jeder Abschluß in ausländischer Währung wird für rechtsungültig erklärt. Die Wirkung dieser Verordnung war bisher gleich Null und es ist nicht anzunehmen, daß überhaupt der angestrebte Zweck damit erreicht werden wird. Ganz abgesehen davon, daß diese Maßnahme viel zu spät gekommen ist, bieten sich dem Kapital noch Wege genug, um die Flucht in die fremden Devisen fortzusetzen. Die Börse hat denn auch auf die Verordnung dadurch reagiert, daß vor ihrer Ankündigung, als man noch die schlimmsten Befürchtungen hegte, die Devisenkurse etwas zurückgingen, nach ihrer Veröffentlichung aber stiegen sie wieder in die Höhe, und heute bewegt sich der Dollar wieder um 3000 herum, gerade als ob nichts geschehen sei.

Es müssen also schon

andere und schärfere Mittel

angewandt werden, wenn dem Währungsverfall Einhalt ge-

boten werden soll. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei hat eine Reihe von bestimmten Vorschlägen in dieser Hinsicht gemacht. Zunächst muß durch eine Devisenleihe im Ausland der Devisenbedarf der Regierung für absehbare Zeit sichergestellt werden. Zur Deckung dieser Anleihe kann der Goldschatz der Reichsbank herangezogen werden, der schon längst keine währungstechnischen Funktionen mehr ausübt. Um dem Wunsche der heimischen Wirtschaft nach einem wertbeständigen Papier entgegenzukommen, könnte eine Goldanleihe im Innern aufgelegt werden, die in Gold zu verzinsen wäre und durch die Einnahmen der Regierung aus den Exportabgaben sicherzustellen wäre. Schließlich muß der Devisenspekulation wirksamer entgegengetreten werden, als dies durch die Verordnung der Regierung geschehen ist. Alle diese Maßnahmen würden aber noch immer nicht die gewünschte Wirkung erzielen, wenn nicht endlich die Steuergesetzgebung und die Steuerverwaltung ein ganz anderes Gesicht bekommt. Um nur auf einen Fall hinzuweisen, der für unsere ganze Steuerpraxis bezeichnend ist: Es war ursprünglich vorgesehen, daß die Zwangsanleihe eine Goldmilliarde erbringen sollte, das hätte nach dem jetzigen Kursstande 500 bis 600 Papiermilliarden ergeben. Auf Betreiben der bürgerlichen Parteien wurden aber höchstens 60 Milliarden daraus, also soviel, wie jetzt das Reich in einer Woche neue Schulden macht. Ähnlich war es ja schon bei dem Notopfer, nicht anders liegt es bei der Einkommensteuer; stets bezahlen die besitzenden Klassen so spät, daß infolge der inzwischen regelmäßig eingetretenen Geldentwertung der Staat nur einen Bruchteil dessen erhält, was ihm eigentlich zukommt, während bei den in festem Lohn oder Gehalt stehenden Personen die Steuer durch den Abzug sofort und rücksichtslos eingezogen wird. Es wird höchste Zeit, daß diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende gemacht wird; sorgt nicht die deutsche Regierung für die Stabilisierung der Markwährung, für die Herstellung der Zahlungsbilanz und für eine bessere Steuergesetzgebung, dann ist unfehlbar mit der Finanzkontrolle der Entente zu rechnen.

Die Lage der deutschen Wirtschaft hat sich in der letzten Zeit wenig geändert. Immer schärfer treten die Tendenzen hervor, die auf

das Nahen der Katastrophe

hindeuten. Nicht alle Klagen und Befürchtungen der Unternehmer und ihrer Presse sind begründet. Allzuoft ist das Bestreben zu erkennen, die Dinge gefahrdrohender zu malen als sie sind, und zwar zu dem offensichtlichen Zweck, die Arbeiter von dem Kampf um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuhalten. Daneben wollen die Unternehmer und die Exporteure durch ihre Behauptung, die Preise der deutschen Textilwaren seien schon über Weltmarkthöhe hinausgegangen, die Befestigung der Ausführungsabgabe herbeiführen. Es bedarf gerade jetzt, wo alle volkswirtschaftlichen Auffassungen verändert zu sein scheinen, wo fast jeden Tag neue Probleme auftauchen, der ernstesten Aufmerksamkeit der Arbeiterorganisationen, um Dichtung und Wahrheit in den Erzählungen der Unternehmer zu trennen und ihre Taktik den wirklichen Verhältnissen anzupassen. Wir haben aber schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es den Unternehmern nach ihren eigenen Berichten gar nicht so schlecht geht, wie sie es darzustellen belieben, sobald es sich um Forderungen der Arbeiter oder um Abschaffung der Exportabgabe handelt. Für heute wieder einige Beispiele, die durch fast jeden Geschäftsbericht der Textilindustrie in der gleichen Weise ergänzt werden können:

Aus der außerordentlichen Generalversammlung der Färberei Glöckner, A.-G.: „Ueber den seitherigen Verlauf des Geschäftsjahres konnten von der Verwaltung sehr befriedigende Mitteilungen gemacht werden.“ Bedburger Wollindustrie, A.-G.: „Im laufenden Geschäftsjahre ist der Geschäftsgang durchaus befriedigend. Aufträge liegen bis Ende des Jahres vor. Die Gesellschaft ist entsprechend mit Rohmaterial eingedeckt. Für 1922 dürfte ein befriedigendes Ergebnis erwartet werden.“ Rationer Spinnererei und Weberei, A.-G.: „Die Kapitalerhöhung erfolgt zur Verstärkung der Betriebsmittel sowie im Hinblick auf den hohen Auftragsbestand.“ Deutsche Kunstleder-A.-G. in Koetzig i. S.: „Nach dem Prospekt über 18 500 Millionen Mark neue Aktien hat sich das Geschäft in der bisher verflochtenen Zeit ganz gut angelassen. Auch für das erhöhte Aktienkapital wird mit einer ähnlichen Verzinsung wie im abgelaufenen Jahre gerechnet.“ Martins u. Bloch, A.-G., Hamburg: „In der Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß geminnversprechende Aufträge volle Beschäftigung bis weit in das nächste Jahr gewährleisten.“ Meißner u. Frahne, A.-G., Landeshut i. Schl.: „Die Nachfrage sei nach wie vor lebhaft, die Gesellschaft habe Aufträge für etwa vier Monate, wofür sie mit Rohstoffen eingedeckt sei.“ Rammgarnspinnerei Gaußsch bei Leipzig: „Nach Mitteilung der Verwaltung ist der gegenwärtige Geschäftsgang gut. Es liegen reichliche Aufträge vor, die dem Unternehmen bei mehrschichtiger Arbeit lohnende Beschäftigung sichern.“ A.-G. für Webereierzeugnisse in Plauen i. V.: „Das Unternehmen ist bis auf weiteres gut beschäftigt.“ Textilunion, A.-G., Köln: „Es liegt ein großer Bestand von Aufträgen zu günstigen Preisen vor.“ Erbmannsdorfer A.-G. Zillertal i. Riesengeb.: „Der Geschäftsgang ist auch im laufenden Jahre befriedigend.“ Blant u. Co., A.-G., Barmen: „Der Vorstand berichtet, daß er sich für alle angenommenen Aufträge die notwendigen Rohmaterialien reichlich gesichert habe. Das Geschäft im neuen Jahre habe sich bisher zufriedenstellend entwickelt. Die Auftragsbestände haben zwar etwas nachgelassen, sind aber immer noch als gut anzuspähen. Sollte ein Konjunkturmangel eintreten, so könnten die Aktionäre doch in jeder Hinsicht beruhigt bleiben, da die Gesellschaft innerlich sehr gefestigt ist.“

Die Preise für Textilien spielen bei der Beschaffung der Rohstoffe eine entscheidende Rolle. Die Spinnereien und Webereien haben sich aber schon längst auf ausländische Währung um-

gestellt, so daß für sie nicht die Entwertung des deutschen Geldes maßgebend ist, sondern die Schwankung des Preises auf dem Weltmarkt. Wenn der Marktsturz es den Unternehmern unmöglich machte, neue Rohstoffe zu kaufen, so könnte sich diese Wirkung stets erst nach Monaten zeigen, denn es gibt wohl keinen Betrieb, besonders in der Textilindustrie, der Aufträge hereinnimmt, ohne daß sie durch Rohmaterialien gedeckt wären. In der Tat treten die deutschen Käufer auf den internationalen Märkten recht bemerkbar auf. Bei den zurzeit in Australien stattfindenden großen Wollmärkten steht Deutschland unter den eintaufenden Ländern mit an erster Stelle. Auf dem Bremer Baumwollmarkt ist die Tendenz unsicherer geworden, soweit es sich um das Geschäft mit dem Inland handelt. Es wird meistens greifbare Ware gekauft; das Termingeschäft, das früher vorherrschte und dem Baumwollhandel einen spekulativen Charakter gab, ist heute zurückgedrängt. Deshalb wird heute den Fragen, die früher besonderes Interesse erregten, wie dem Verlauf der Erntebewegung, der künftigen Qualitäts- und Preisbewegung keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Im übrigen wird aus Amerika gemeldet, daß die Ernteaussichten sehr ungünstig eingeschätzt werden, dafür wird aber eine glänzende Qualität der Baumwolle erwartet.

Aus einzelnen Bezirken der Textilindustrie wird berichtet: In den niederrheinischen Spinnereien hat der Neueingang von Bestellungen sehr nachgelassen. Vorerst ist die Beschäftigung noch einigermaßen zufriedenstellend, auch für die nächsten Monate liegen noch Aufträge vor. In den Webereien des Niederrheins hat sich der Verkehr ruhiger gestaltet, es sind noch recht umfangreiche ältere Auftragsbestände da und die Stühle noch fast alle in Tätigkeit. Neue größere Ordere werden aber infolge der unsicheren Aussichten nicht erteilt. In der Barmer Industrie hat sich die Lage verschlechtert. Der Eingang neuer Aufträge läßt infolge der hohen Preise sehr zu wünschen übrig. In der Elberfelder Möbelstoff-Weberei ist die Lage noch günstig. In der sächsisch-thüringischen Textilindustrie macht sich eine Abschwächung der Betriebsfähigkeit in einigen Fabriken bemerkbar. Für Damen- und Herrenstoffe liegen neue Aufträge für das nächste Jahr vor. Kleinere Firmen haben außerordentlich unter dem Mangel an Betriebsmitteln zu leiden. — Ungleich ist die Lage im Gera-Gröizer Bezirk. Ein Teil der Fabriken ist noch immer beschäftigt, ein anderer Teil benötigt dringend weitere Aufträge. Die Eintäufel sind so gut wie verschwunden. Die Beschäftigung in den Lohnwebereien ist mangelhaft. Die Spinnereien haben noch verhältnismäßig gute Beschäftigung.

Restlose Erfassung der Kartoffelernte.

Der Magistrat von Vegelnitz hat eine Eingabe an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gerichtet, in der er zwecks restloser Ausnützung der diesjährigen Kartoffelernte und zwecks Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kartoffeln dringend um Erlass der Verordnung über die Freigabe der Kartoffelernte bittet.

Diese Verordnung soll jeden Kartoffelerzeuger verpflichten, die Kartoffeln sachgemäß zu ernten. Vor dem restlosen Übernten darf eine Bestellung der Anbaufläche nicht erfolgen.

Das Eigentum an Kartoffeln, die nach dem 20. Oktober 1922 in der Erde verblieben sind, geht an den zuständigen Landrat über, der befugt ist, Ausweiskarten auszugeben, die zum Betreten der darauf bezeichneten Gebiete und zum Übernten noch vorhandener Kartoffelbestände berechtigen.

In der Begründung wird angeführt: Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Wochen hat eine derartige Teuerung hervorgerufen, daß es vielen Teilen der Bevölkerung einfach unmöglich ist, die zum Lebensunterhalt notwendigen Mittel beizubringen. Die deutsche Kartoffelernte in diesem Jahre übertrifft die vorjährige um bald das Vier- bis Fünffache. Auf den Kopf der Bevölkerung werden voraussichtlich bis zu 20 Doppelzentner entfallen. Trotz dieser überreichen Kartoffelernte muß leider die Wahrnehmung gemacht werden, daß die Preise für die Kartoffeln von Woche zu Woche in ganz unberechtigter Weise in die Höhe schnellen. Diese Preissteigerungen stehen in keinem Verhältnis mit den zu gleicher Zeit eingetretenen Lohn- oder Frachterhöhungen. Es ist zur Sprache gebracht worden, daß die Bauern den Kartoffellegen nur flüchtig bergem, weil ihnen gar nichts daran liegt, die Kartoffelfrucht restlos zu bergem, weil sie andernfalls durch vermehrtes Angebot die Preise drücken würden.

Es ist sogar behauptet worden, daß teilweise absichtlich so verfahren würde, daß soviel Kartoffeln anbauflächen von neuem bestellt worden, ohne daß die Kartoffeln restlos geerntet worden wären. Um in Tagen kommender Not der Selbsthilfe vorzubeugen, schlägt der Magistrat die Freigabe der Kartoffelbestände vor, die aus irrenden Gründen von den Landwirten nicht geerntet werden können oder sollen. Es ist hier vor allem an das Kartoffelernten mit der Maschine gedacht, wo tatsächlich viele Kartoffeln durch Erdaufruf dem Blick der Menschen entzogen werden. Der Ordnungsentwurf baut sich auf der Kriegsverordnung vom 18. Juli 1918 betr. die Kartoffelverorgung auf, die bereits eine Enteignung der Kartoffelernte vorsah. Der Landrat soll Arbeitslosen und Minderbemittelten Ausweise ausgeben können, die sie nötigenfalls gegen den Willen der betreffenden Besitzer berechtigen, die in der Erde befindlichen Kartoffeln, natürlich gegen entsprechende Entschädigung, herauszuholen. Man kann tatsächlich vielfach beobachten, daß Wecker bestellt werden, ohne daß gestoppelt wurde.

Die Vereinigten Sozialdemokratischen Parteien und der Ortsauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Vegelnitz haben sich den Antrag des Magistrats zu eigen gemacht und die gleiche Forderung erhoben. Inzwischen hat sich im deutschen Lager ein Sturm der Entrüstung über diesen angeblichen Anfang des Bolschewismus erhoben, der tatsächlich dazu geführt hat, daß der Antrag vom Magistrat zurückgezogen wurde. Die Gewerkschaften aber und die Sozialdemokratische Partei halten den Antrag weiterhin aufrecht mit der Maßgabe, daß vom 1. November ab die Kartoffelernte freigegeben werden soll.

Ein Wetterzeichen.

Freie Wirtschaft war die Parole, unter der die kapitalistischen Interessenten für den geheiligten Profit suchten. Sie wußten, daß sie damit die besten Möglichkeiten hatten, das Volk skrankenlos auszuplündern. Deshalb versprachen sie auch den Konjunkturalen „Erlösung von der Marktwirtschaft aus der Kriegszeit“ und Brot, Butter, Eier, Bekleidungs- und Gebrauchsgegenstände in Hülle und Fülle, sobald nur erst die freie Wirtschaft eingeführt sei. „Gebt nur den Unternehmern, den Produzenten und Händlern die Hände

frei, dann werden diese schon Waren heranschaffen und die Preise herabdrücken“... so argumentierten die kapitalistischen Kopfschmerzer.

Die Auswirkung der freien Wirtschaft ist jetzt so schlimm, daß selbst die reaktionären Blätter vom Schlage der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wenigstens die teilweise Aufhebung der freien und die Einführung der Zwangswirtschaft verlangen.

In diesem Augenblick, wo der dringlichste Bedarf aus dem verfügbaren Bestand nicht mehr hinreichend versorgt werden kann, ist die freie Wirtschaft, die nur nach ökonomischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf die besondere Artung des jeweiligen Bedarfs verfährt...

Verwundert fragt man sich: Wie kommt denn sozial Erkenntnis in dieses stöckerreaktionäre Blatt? Die Erklärung dafür ist in dem gleichen Artikel ein Stück weiter unten zu lesen; dort schreiben die „Leipziger Neuesten“:

Die Deffenlichkeit darf nicht mit den Händen im Schoß untätig zusehen, wie das Zerrbild der „freien Wirtschaft“ — denn die wirkliche freie Wirtschaft hat mit der Abdrängung vom Weltmarkt tatsächlich aufgehört — das Volk verflummern und verkommen läßt...

Das also ist des Pudels Kern! Weil die Gefahr besteht, daß das entsehrlich ausgeplünderte Volk verflummert, — ach, darum sorgen sich die Nachrichten nicht! Aber weil die Gefahr besteht, daß die „innere Ordnung in ein entsehrliches Chaos“ verwandelt wird...

Diese Maßnahmen müssen darin bestehen, daß vom Warenangebot des freien Inlandsmarktes derjenige Teil abgezweigt und mit genauen Preisvorschriften rationiert wird, der zur Deckung des Existenzbedarfs der Unter- und Mittelschichten der Bevölkerung des Reiches unbedingt erforderlich ist.

Nachdem mit der freien Wirtschaft die Not des Volkes durch die schamlose Profitmacherei der Gewinnbegierigen der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ins Ungeheure gesteigert worden ist, soll schnell ein Sicherheitsventil in Form der partiellen Zwangswirtschaft geöffnet werden.

Aus dem Münsterlande.

Man schreibt uns von dort: Die widerstrebenden Elemente der freien Gewerkschaftsbewegung machen sich auch in dem ausgearbeiteten münsterländischen Textilindustrie-Berzirk geltend. Überall dort, wo eine leichtgläubige Arbeiterschaft vorhanden ist, bringen es zweifelhaft Elemente fertig, einen Kreis um sich zu sammeln und eine besondere schon aus der Mode gekommene Organisation zu gründen.

können. Entweder sind die unionistischen Jöglinge Leute, die schon einmal mit den Finanzen des Verbandes in Konflikt geraten sind, also Mein und Dein nicht unterscheiden konnten, oder es sind Leute, die wohl die erhöhten Löhne einsehen, dafür aber keine Verbandsbeiträge zahlen wollen und so den billigen Jakob, die Union, als Organisation vorziehen.

Kollegen und Kolleginnen! Rüttelt die uns noch Fernstehenden auf und sagt ihnen, daß ihr Verhalten der Organisation gegenüber hinabführt in das abhängige, knechtliche Verhältnis der Vorkriegszeit. Sagt aber auch den Unorganisierten und den Unionisten, daß ihre die Arbeiterschaft auseinanderreißende Tätigkeit eine verbrecherische Handlungsweise gegenüber der gesamten Arbeiterschaft ist.

Arbeiterinnenkonferenz für das Münsterland.

Abgehalten im „Bayerischen Hof“ zu Coesfeld am 30. September 1922. Von den Filialen und Zahlstellen waren 28 Kolleginnen entsandt worden; außerdem waren die Angestellten des Münsterlandes und der Kollege Steinbrink von der Gauleitung erschienen.

Kollegin Hoppe vom Zentralvorstand referierte über das Thema: Die Stellung der Frau im Wirtschaftsleben und Staat unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Textilindustrie. Die Stellung der Frau im Wirtschaftsleben wird mitbestimmend sein, und zwar in der Textilindustrie im besonderen; diese ist die Arbeitsdomäne der verheirateten Frauen, da die Frauarbeit sehr stark zugenommen hat. In ihrem Arbeitsprozeß muß ihnen der geschliche Schutz mit Vorrang zuteil werden.

Nach einer kurzen Anfrage der Kollegin Grothe-Warendorf nimmt das Wort der Gauleiter Steinbrink. Der gegenwärtige Zustand befriedigt nicht; würde bei den Lohnverhandlungen oft eine beherzte Frau sein, die ihrem Herzen mal gründlich Luft macht, so hätte das oft gute Wirkung auf das Unternehmertum, selbst wenn es dadurch nur gelungen wäre, eine Mark mehr Lohnhöhe herauszuholen, so wäre das für die Masse schon ein beträchtlicher Gewinn gewesen.

Arbeiterbewegung ist sehr mangelhaft. Wenn die Geistlichkeit ruft, sind die Frauen da; warum können sie denn nicht ebenso gut ihre freie Zeit der Organisation opfern und in ihr ihre Pflichten erfüllen? Das ist doch so dringend notwendig. Gerade bei uns entbehrt die Arbeiterin fast jedes Schutzes. Die Schutzvorrichtungen in den Textilbetrieben sind völlig unzulänglich.

Frau Roth-Burgsteinfurt: Die Klagen aus Greven treffen in vollem Umfange auch auf Burgsteinfurt zu. Hierbei müssen wir leider die Wahrnehmung machen, daß die Kolleginnen in den Betrieben uns nicht das genügende Verständnis entgegenbringen. Unter solchen Umständen wird die Mitarbeit der Kolleginnen in den Vertrauensstellen nicht gerade gefördert.

Frau Beckmann-Rheine: Die Frauen dürfen nicht vergessen, daß sie in Zukunft nicht mehr so versorgt sein werden, wie das früher der Fall war. Die fortwährend zunehmende wirtschaftliche Not zwingt die Arbeiterin, auch in der Ehe auf Jahre hinaus erwerbstätig zu sein. Das allein müßte schon Grund genug sein, die Kolleginnen sich auf sich selbst besinnen zu lassen.

Der Vorsitzende, Kollege Makke-Gronau, läßt über folgende Resolution abstimmen und stellt dabei einstimmige Annahme fest:

Resolution: Die Konferenz der weiblichen Funktionäre des Münsterlandes erwartet von den Verbandsinstanzen systematische Arbeit zum Zwecke der Heranbildung der weiblichen Verbandsfunktionäre zu Verbandsmitgliedern und Staatsbürgerinnen, welche befähigt sind, in praktischer Verwaltungsarbeit des Verbandes und des Staates sich dienstbar zu machen.

Mitgliederstand, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat September 1922.

Die Berichterstattung hat sich gegen den Vormonat wieder etwas gebessert, sie umfaßt 97,2 Proz. der Mitglieder; von den 375 Filialen des Verbandes haben 47 mit 20 428 Mitgliedern nicht oder zu spät berichtet. Die Mitgliederzahl betrug Ende September 737 754 (243 020 männliche und 494 734 weibliche), des bedeutet eine Zunahme von 7 537 Mitgliedern.

Table with 3 columns: Die wöchentliche Arbeitszeit, Zahl der Betriebe, Zahl der Arbeiter (männlich/weiblich). Rows include 1-8 Stunden, 9-16, 17-24, 25 und mehr, and a total row.

Herbstsonne. Von Henni Lehmann.

Ich liebe dieses Herbstes Sonnensüße, Die schwer in goldnem Schiffe am Ufer hängt Und letzte Knospen zum Erblühen drängt. Daß keine allzu spät Erwachen büße Durch frühen Tod, — es geht wie weiche Füße Ein feines Strahlen durch das Land und schenkt Ihm, eh sich Winterkälte niederstent, Des toten Sommers neu erwachte Größe.

Die Kunst im Arbeiterheim. Der von den vier großen Verbänden der graphischen Industrie ins Leben gerufene „Volkskunstverlag das Bild“ (Geschäftsstelle: Berlin-Mariendorf, Kurfürstenstraße 19) teilt mit, daß der Preis der bisher erschienenen originalgroßen Bilder „Das Balkonzimmer“ von Menzel (46x56), „Der Kohlenfarrer“ (56x62) und „Ideale Landschaft“ (56x65) von Richard Schütz vom 1. Oktober 1922 pro Blatt 100 Mk. beträgt.